



DAS MAGAZIN DER
HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG
AUSGABE 2, 2007

4 EURO

böll

THEMA



CHINA

Volksrepublik China – Republik des Volkes?

KLEINE UMFRAGE

- 4 **CHINA 2020.** Wie stellen sich die Chinesen ihre Zukunft vor?
AUFGEZEICHNET VON CHRISTIANE KÜHL UND MARTIN KÜHL

GOVERNANCE UND DEMOKRATIE

- 8 **DIE KP CHINA AUF DER SUCHE NACH DER EIGENEN LEGITIMATION**
1. Bewahrerin der sozialen Gerechtigkeit. Der Blick von außen.
VON SUSANNE WEIGELIN-SCHWIEDRZIK
2. Beschützerin der Vielfalt. Der Blick von innen.
VON LAI HAIRONG
- 12 **»NUR DER DEMOKRATISCHE SOZIALISMUS KANN CHINA RETTEN.«**
Kontroverse Thesen zur Zukunft der Volksrepublik. VON XIE TAO
- 14 **WIE WIRD REGIERT?** Welche Macht hat die Zentrale? Erreichen die in Beijing beschlossenen Gesetze überhaupt die Provinzen? VON THOMAS HEBERER
- 16 **DIE NEUEN PARTNER DES STAATES.** Chinas NRO als Produkt des Öffnungs- und Reformprozesses. VON DORIT LEHRACK
- 18 **»ERSTENS, DU SOLLST KEINE ANGST HABEN!«** Wie Chinas zensierte Medien für mehr Demokratie trommeln. VON ZHU YI UND KATRIN ALTMAYER

ZIVILGESELLSCHAFT

- 20 **ROSIGE ZUKUNFT?** Lebenswege – zwei Mädchen aus der Provinz in Beijing.
VON KRISTIN KUPFER
- 22 **DAS ENDE DER GLEICHHEIT.** In China leben die alten Geschlechteridentitäten wieder auf. VON CHRISTA WICHTERICH
- 24 **ANGST VOR DEM FLÄCHENBRAND.** Zur Rolle der chinesischen Gewerkschaften.
VON KERSTIN LOHSE-FRIEDRICH
- 26 **DER UNMUT WÄCHST.** Die Landbevölkerung muss den Preis für Chinas Wirtschaftswunder zahlen, und sie begehrt auf. VON ANJA D. SENZ

WIRTSCHAFT UND UMWELT

- 28 **»EIN GEFÄLLTER BAUM SPENDET KEINEN SCHATTEN.«** Kurzporträts zweier Galionsfiguren der Umweltszene. VON ZHAO LING
- 31 **EIN PARADIGMENWECHSEL BAHNT SICH AN.** Die Umweltbehörde SEPA nimmt Fahrt auf. VON EVA STERNFELD UND TANJA PLÖTZ
- 33 **DAS ENERGIELABOR DER WELT.** »China muss einen ganz neuen Weg in die Industrialisierung beschreiten.« Gespräch mit dem Vizepräsidenten der „Energy Foundation“ in Beijing, YANG FUQIANG.

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

- 35 **HINWEISE, PROJEKTE, PUBLIKATIONEN**

Impressum

Herausgeber

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Straße 40/41
10178 Berlin
Fon 030-285 34-0
Fax 030-285 34-109
E-Mail: thema@boell.de
www.boell.de/thema

Redaktionsleitung

Elisabeth Kiderlen

Redaktionsassistentz

Evelyn Hartig

Mitarbeit

Katrin Altmeyer, Zhu Yi
Barbara Unmüßig, Julia Scherf
Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Artconcept

Büro Hamburg
Jürgen Kaffer, Sandra Klostermeyer

Gestaltung

blotto design, Thomas Ackermann

Druck

agit-Druck, Berlin

Papier

Inhalt: Envirotop, matt
hochweiß, Recyclingpapier
aus 100 % Altpapier
Umschlag: Enzocoat

Bezugsbedingungen

Einzelausgabe 4 Euro (inklusive Versand)
zu bestellen bei oben genannter Adresse





China – gestauchte Zeit

Ist von China die Rede, so sehen die einen die Gefahren, die anderen die Chancen. Doch China ist immer beides, ein Riesenland unter Spannung wie eine Welt voller Möglichkeiten. Zwei Jahrhunderte europäischer Industrialisierung durchlebt die Volksrepublik in nur drei Jahrzehnten: gestauchte Zeit. Zeichen dafür sind die Gleichzeitigkeit von altem und neuem Denken, die wechselseitige Überlagerung traditioneller und moderner Strukturen und eine immense Erschütterung darüber, dass rein gar nichts so bleibt, wie es war. Die Erschütterung ist seelisch zu verstehen, aber auch real – ganze Landstriche werden planiert, überschwemmt, überbaut. Menschen ziehen zu Millionen in die Städte auf der Suche nach Arbeit und einem besseren Leben.

Der Blick auf China, der sich auf die großen Probleme von heute konzentriert, sieht genauso viel wie der Blick, der hinter der gesellschaftlichen Dynamik die Zukunft sucht: nur einen Ausschnitt. Denn was in der einen Region noch Gegenwart ist, ist woanders längst Vergangenheit.

Diese Ausgabe von *Böll.Thema* widmet sich ausschließlich der innerchinesischen Entwicklung: den rechtsstaatlichen Reformen und damit der prekären Entwicklung der Menschenrechte, der Zivilgesellschaft, der Sozial- und Umweltpolitik. Die globalen Auswirkungen des ökonomischen Aufbruchs der Volksrepublik, deren unstillbarer Ressourcen hunger und die Folgen für die Ökonomien des Westens müssen in einer späteren Ausgabe von *Böll.Thema* diskutiert werden. Genauso wie Chinas demografische Entwicklung: Die alternde Bevölkerung stellt die Regierung vor schier unlösbare Probleme. China muss reich werden, bevor es alt wird – doch die forcierte Industrialisierung verursacht gleichzeitig immense Umweltschäden.

Unser Autor Lai Hairong, Mitglied des parteiinternen Thinktanks, hebt den Willen der KPCh hervor, die sozialen und ökologischen Probleme nicht mehr zu leugnen und das Land zukunftstauglich zu machen. Der Parteiveteran Xie Tao versucht, dem Wandel eine Richtung zu geben, und erkennt in der Sozialdemokratie europäischen Musters ein Modell für die Volksrepublik. Eine NRO-Koordinatorin registriert, dass Beijing die Nichtregierungsorganisationen nicht mehr als Feinde betrachtet sondern als Partner. Expertinnen und Experten beschreiben, wie die Umweltbehörde sich aus dem Schatten des Wirtschaftsministeriums kämpft und China zum „Energielabor der Welt“ wird.

Und dann ist da die andere Seite. Die Bauern, die mit wachsender Wucht gegen Willkür und Korruption der politischen Kader aufbegehren, so dass man in Beijing um die Stabilität des Landes fürchtet. Die rechtlosen Wanderarbeiter, deren Interessen noch keine wirklichen Vertreter gefunden haben. Die Frauen, die eine vollständige Umbildung ihrer Rolle als Genossinnen erfahren und sich plötzlich als Haus- oder Karrierefrau, als Dienstmädchen oder Textilarbeiterin wiederfinden.

Nirgendwo sonst auf der Welt klafft die Schere zwischen Arm und Reich so weit auseinander wie in China. Susanne Weigelin-Schwiedrzik beschreibt, wie die Regierung unter der Parole der „harmonischen Gesellschaft“ ihre Legitimation im Ausgleich der Konflikte sucht. Doch im Land der vielen Geschwindigkeiten verhalten sich die Provinzfürsten noch entsprechend Deng Xiaopings Devise „Bereichert Euch!“ Beijing ist fern, und „Macht ist in China kein vertikaler Prozess zur Durchsetzung von oben nach unten“, wie Thomas Heberer schreibt, „sondern ein Interaktionsprozess verschiedener Ebenen.“ Das macht das Land für Europäer so schwer durchschaubar. Doch um eine Beschäftigung mit diesem künftigen politischen und wirtschaftlichen Schwergewicht kommt heute niemand herum. ■

BARBARA UNMÜSSIG, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Besonderer Tipp & News

DIE CHINAPOLITIK DES WESTENS – ZWISCHEN STRATEGISCHER KONKURRENZ UND KOOPERATION.

8. Außenpolitische Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung, 6.–7. September 2007, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Markgrafenstraße 38 **Info:** www.boell.de/aussenpolitik

DER ÖFFENTLICHE RAUM: NEUE URBANE RÄUME IN CHINA UND DEUTSCHLAND.

Podiumsdiskussion, 21. September 2007, mit Prof. Cai Yongjie (Tongji Universität Shanghai), Eduard Kögel (stadtkultur international Berlin), Liu Xiao (Public Power Commercial Consultant Agency, Shenzhen) u.a., Rotes Rathaus Berlin, Ferdinand Friedensburg Saal **Info:** www.boell.de/veranstaltungen

Wie wird die Volksrepublik in 13 Jahren aussehen? Wie stellen sich die Chinesen ihre Zukunft vor? Wohlstand, Demokratie, Umwelt und Chinas Rolle in der Weltgemeinschaft – mit welchen Erwartungen und Ängsten, mit welcher Tatkraft oder Skepsis schauen die Menschen nach vorn? Die Weichen werden jetzt gestellt, auf welche mentalen Einstellungen stützt sich der neue Große Sprung nach vorn?

AUFGEZEICHNET VON CHRISTIANE KÜHL UND MARTIN KÜHL

CHINA 2020



BAOHU DELIGEN 25, KASSIERERIN IM RESTAURANT

O b ich optimistisch bin? Teils, teils. Aber unsere Kinder werden es einmal bestimmt besser haben als wir. Die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft in China geht ja immer schneller, die Technik wird immer moderner. Also werden unsere Kinder viel mehr Dinge können und verstehen als wir. Aber die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer. Die Reichen werden immer reicher. Und ihre Kinder nehmen sich einfach das Geld ihrer Eltern und leben davon. Sie müssen gar nicht mehr selbst arbeiten. Und die Armen werden immer ärmer, vor allem die Menschen auf dem Land. Es gibt ja immer weniger Land für den Ackerbau, dafür immer mehr Wohnblöcke, in denen die Bauern leben müssen. Dabei haben sie keine Bildung, sie können all diese modernen Geräte nicht bedienen, nur das Land bestellen. Also wandern sie in die Städte, um auf den Baustellen Geld zu verdienen, aber es wird immer schwieriger für sie, Arbeit zu finden. Unendlich viele dieser Jobs gibt es auch nicht. ■



WU MENG 26, VERKÄUFER IN EINEM ANTIQUITÄTENLADEN

Die chinesische Gesellschaft wird 2020 insgesamt wohlhabender sein, aber auf vielen Menschen wird ein noch größerer Druck lasten als heute. Die Arbeitslosigkeit wird noch höher sein, weil dann noch mehr Migranten in die Städte drängen. China befindet sich in einem Prozess, den auch der Westen durchgemacht hat. Im Moment geht es den meisten Menschen nur darum, Geld zu verdienen und die Wirtschaft zu entwickeln. Und den Armen geht es darum zu überleben. Das wird sicher noch dreißig oder vierzig Jahre so bleiben. Bis dahin werden sich die Widersprüche weiter verschärfen. Erst bei einem ausreichenden Wohlstandsniveau wird es auch einen geistigen Wandel geben. Dann werden die Menschen nicht mehr ihren Müll einfach auf die Straße werfen. Die Wohlhabenden beginnen schon jetzt, sich an der Umweltverschmutzung zu stören. Es gibt Leute, die wegen der Luftverschmutzung aus Beijing wegziehen, etwa nach Yunnan im Südwesten. Sie verdienen ihr Geld hier, aber leben möchten sie hier nicht mehr. Immerhin passiert endlich etwas, zum Beispiel hat Beijing gerade das Shougang-Stahlwerk, das die Luft verpestete, 150 Kilometer nach Nordosten ausgesiedelt. Generell glaube ich, dass die Umwelt in der Zukunft sauberer sein wird. ■

Fotos: Christiane und Martin Kühn



WANG ZHANSUO 68, RENTNER

Ich habe wenig zur Zukunft Chinas zu sagen. Natürlich hoffe ich, dass das Leben immer besser wird, und dass meine Kinder froh und gesund bleiben. Aber es wird sich nicht alles verändern. Chinas Position in der Welt wird vielleicht noch eine lange Zeit die gleiche sein wie heute, und natürlich können wir den Westen technisch nicht überholen. Bei der Umweltverschmutzung können wir vielleicht das jetzige Niveau halten, ohne dass es schlimmer wird – aber lösbar ist das Problem nicht, glaube ich. Und natürlich wäre es am besten, wenn die Menschen an politischen Entscheidungen teilhaben könnten. Aber wenn wir es nicht können, wäre es auch keine Veränderung zum schlechten. Wir sind ja schon daran gewöhnt, dass es so ist. ■



TONG JINGJING 30, BANKANGESTELLTE

Ich bin von Natur aus optimistisch. Die Einkommensschere wird immer kleiner werden und den Menschen wird es 2020 besser gehen. Rückständig ist China ja schon heute nicht mehr. Aber ob wir den Westen wissenschaftlich überholen können? Das Land ist so groß, es gibt so viele Menschen. Die Länder in Europa sind kleiner, dort ist es einfacher, die Entwicklung voranzutreiben. Ich hoffe, dass 2020 auch die politische Situation besser sein wird, und wir dann auf mehreren Ebenen unsere Politiker wählen können. Und dass die normalen Menschen mehr mitentscheiden können, sei es durch Eingaben bei der lokalen Regierung oder durch Verhandlungen mit der Regierung. Heute ist es ja so, dass die Regierungen entscheiden, und so wird es dann auch gemacht. Deshalb gibt es so viele große neue Gebäude und so wenig Bäume und Grün. ■



LI YING 30, GALERISTIN

Ich bin zuversichtlich. Unsere Kinder werden es auf jeden Fall besser haben als wir, das Wohlstandsniveau wird weiter steigen, die Einkommenskluft wird 2020 deshalb auch kleiner sein als heute. Ich glaube auch, dass wir 2020 mehr Politiker selbst wählen und mehr mitentscheiden können als heute. Und China wird bei der Forschung und Technik die entwickelten Länder überholen. Der Westen wird dann nicht mehr auf uns herabsehen, so wie es heute der Fall ist. Damit wird auch Chinas Einfluss in der Welt wachsen, er wird 2020 sehr groß sein. ■



Vita & Publikationen

Christiane und Martin Kühl sind Sinologen. Seit 2000 leben sie in Peking und führen als freie Korrespondenten mehrerer deutscher Medien das unabhängige Journalistenbüro karma-news.



YAO YI 41, ANWÄLTIN

Ich bin ein optimistischer Mensch. Aber über eine Sache mache ich mir doch Sorgen: die globale Erwärmung. Nächstes Jahr werden die Höchsttemperaturen hier in Peking bestimmt schon vierzig bis fünfzig Grad betragen. Wird meine Tochter noch in einer angenehmen Umwelt leben können? Aber ansonsten glaube ich, dass es bergauf geht, für mich selbst und auch für China. Ich bin ein bisschen abergläubisch und ich habe ein gutes *ming*, eine Art Schicksal. Auch für China stehen die *ming*-Zeichen gut. Die Einkommensunterschiede werden noch wachsen, das ist ja eine Phase, die alle Entwicklungsländer durchmachen. Aber dabei wird trotzdem das Einkommen aller steigen. Auf dem Land hängt die Zukunft davon ab, wie sich die Sozialsysteme entwickeln. Politisch geht die Entwicklung in die richtige Richtung. Es gibt heute mehr Freiheiten, mehr Kampf gegen Korruption, mehr Freiheit für die Presse, auch wenn es noch keine Redefreiheit gibt. Es ist gut möglich, dass auch China irgendwann eine Demokratie wird. Ich weiß nicht, ob Demokratie gut ist oder schlecht. Im Moment entspricht sie China, glaube ich, noch nicht. Jetzt brauchen wir vor allem mehr Bildung. Unsere Wissenschaft wird vor allem von Forschern vorangetrieben, die ins Ausland gehen und dann zurückkehren. Als ich klein war, hieß es in der Schule immer, Naturwissenschaften seien wichtiger als Literatur und Sozialwissenschaften. Heute ist das anders. Immer mehr junge Menschen studieren lieber Jura oder Wirtschaft. Für die Wissenschaft ist das nicht so gut. Dass wir eigene Satelliten haben, verdanken wir der Tatsache, dass in den 50er- und frühen 60er-Jahren so viele junge Menschen Naturwissenschaften studiert haben. ■

Fotos: Christiane und Martin Köhl



LI WEI 47, FOTOGRAF

China wird in zehn bis 15 Jahren endgültig ein kapitalistisches Land sein. Die Privatisierung der Staatsunternehmen wird bis dahin weitgehend abgeschlossen sein. Problematisch ist, dass die einfachen Arbeiter kaum von der Veräußerung staatlicher Werte profitieren. Bürokraten und Unternehmer machen beim Aufteilen von Volkseigentum oftmals gemeinsame Sache. Nicht selten ist dabei Korruption im Spiel. Da es keine unabhängigen Gewerkschaften gibt, fehlt eine wirkliche Interessenvertretung für die Arbeiter. Schon jetzt gibt es viele Arbeitslose. Chinas Transformation vom Agrar- zum Industrieland wird weiter voranschreiten. Auch in den kommenden Jahren werden Millionen von Bauern auf Jobsuche in die Städte ziehen. Der Druck auf den Arbeitsmarkt wird zunehmen. Die Regierung muss die krassen Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich lindern. Ansonsten befürchte ich, dass die Arbeiter aufbegehren, wenn sie realisieren, dass das Volkseigentum an ihnen vorbei verteilt worden ist. Es existiert ein Unruhepotenzial. Um mich unabhängig zu machen, investiere ich mein Geld in Immobilien, ich habe vier Wohnungen gekauft. Ich hoffe, dass ich später von den Mieteinnahmen leben kann. ■

DIE KP CHINA AUF DER SUCHE NACH DER EIGENEN LEGITIMATION

»Von einem Stein zum anderen über den Fluss tasten.«*

1 BEWAHRERIN DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT. DER BLICK VON AUSSEN. VON SUSANNE WEIGELIN-SCHWIEDRZIK

Als am 4. Juni 1989 die Studentenbewegung auf dem Tian-An-Men-Platz zerschlagen wurde, meinten viele ausländische Beobachter und die meisten unter den ins Exil geflüchteten Protagonisten der Bewegung, dass die chinesische Regierung innerhalb kürzester Zeit gestürzt sein würde und die Herrschaft der KPCh nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. Mit dem blutigen Einsatz der Armee gegen die protestierenden Studenten hätte die Kommunistische Partei Chinas zum ersten Mal unverhüllt ihr wahres Gesicht gezeigt: Genauso wie alle anderen kommunistischen Parteien könnte sie ihren Machtanspruch nur noch mittels Gewalt gegen relevante Teile der Bevölkerung durchsetzen.

Inzwischen wissen wir, dass die KPCh sich von diesem Imageverlust erstaunlich schnell erholt hat. Neue politische Kräfte, die sich während des Frühsommers 1989 herauszubilden schienen, verschwanden wieder von der politischen Bühne, die Zivilgesellschaft in Form von diskussionsfreudigen Salons und unabhängigen Gewerkschaften verlief sich, und die Intellektuellen, die gerade noch die Forderungen der Studierenden tatkräftig unterstützt hatten, vergaßen ihr Verlangen nach mehr Demokratie und

schlossen sich dem gesellschaftlichen *mainstream* und seiner Forderung nach Ruhe und Ordnung an. Statt eines Sturzes der Regierung Li Peng kam es zu einer Konsolidierung der Macht und statt einer Rücknahme der Wirtschaftsreformen nach kurzem Stillstand mit der Reise Deng Xiaopings in den Süden 1992 zu einer Wiederaufnahme der Reformen. Wieder einmal hatte die KPCh bewiesen, dass sie tiefgreifende Krisen meistern kann und auch nach vierzig Jahren an der Macht noch in der Lage war, aus der Defensive heraus große Teile der Bevölkerung von ihren Argumenten zu überzeugen. Das Ergebnis: Bis heute behauptet die KPCh ihren Anspruch auf legitime Herrschaft.

UMKEHR DER LEGITIMATIONSSTRATEGIE: STATT PRIMAT DER POLITIK PRIMAT DER ÖKONOMIE

Die Konzentration auf den ökonomischen Erfolg, welcher in der VR China seit Ende der 70er-Jahre zu beobachten ist, entspricht – mit Max Weber ausgedrückt – der Abwendung von der Wertorientierung und der Hinwendung zur Effizienzorientierung. Die Wertorientierung des maoistischen Systems hatte es in der Ver-

* Die Redaktion hat die Autoren um ein passendes chinesisches Sprichwort gebeten.

gangenheit vermocht, den wirtschaftlichen Misserfolg mit moralischer Überlegenheit zu überdecken. Nun steht der wirtschaftliche Erfolg an erster Stelle. Partei und Regierung lassen sich und ihre Legitimität mit der neu ausgerufenen Effizienzorientierung Jahr für Jahr an ihrem Erfolg messen.

Unter diesen Bedingungen ist jede Wirtschaftskrise zugleich eine Legitimationskrise. Selbst wenn der Staat seinen Eingriff in die Wirtschaft auf ein Minimum reduziert, nimmt er doch für sich in Anspruch, Garant des ökonomischen Erfolgs zu sein. Wird dieses Ziel nicht erreicht, ist das Ausdruck mangelnder Effektivität, und konsequenterweise kann Legitimität dann nicht mehr im gleichen Maße behauptet werden. Solange die KPCh dem Optimismus frönte, dauerhaft Wirtschaftswachstum garantieren zu können, scheute sie sich nicht, die Effektivität staatlichen Handelns zum Kriterium der Legitimität zu erklären. Doch wenn die Wirtschaft nicht die erhofften Ergebnisse vorweist, muss die Partei zusätzliche Legitimationsstrategien bemühen, um das Effektivitätsmanko auszugleichen.

DIE PARTEI ALS GARANT DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT

Verschiedene Möglichkeiten werden derzeit diskutiert: mehr Demokratie, mehr Rechtsstaat, mehr Konsum. An erster Stelle jedoch steht der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit. Diese Leitidee lässt sich sowohl mit dem maoistischen Erbe als auch mit der seit Jahren anhaltenden, vor allem auch im Dialog mit der EU immer wieder gewünschten Diskussion über *good governance* verbinden. Zugleich ist seit jeher die soziale Gerechtigkeit das Menschenrecht, welches die KPCh bevorzugt ins Spiel bringt, wenn der Mangel an politischen Menschenrechten inner- und außerhalb Chinas kritisiert wird.

Im Gegensatz zu maoistischen Zeiten wird heute jedoch nicht nur unter Wissenschaftlern, sondern auch durch die entscheidenden Gremien der Partei anerkannt, dass soziale Gerechtigkeit das Ergebnis von Aushandlungsprozessen zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen ist. An die Stelle der blanken revolutionären Setzung sind nun die Legitimität von Einzelinteressen und die Notwendigkeit getreten, diese gegeneinander abzuwägen. Im Sinne der revolutionären Traditionen ist die soziale Gerechtigkeit damit jedoch wieder zur Norm geworden und setzt neben – potenziell vielleicht auch gegen – das Effizienzkriterium ein neues Wertekriterium, das eher qualitativer denn quantitativer Natur ist.

Bis zum Ende der Ära Jiang Zemin/Zhu Rongji stand im offiziellen Diskurs die Vorstellung im Vordergrund, dass es keiner ausdrücklich dafür geschaffenen Institutionen bzw. keines Eingriffs der Politik in die Wirtschaft bedarf, um soziale Gerechtigkeit herzustellen. Inzwischen hat sich jedoch gezeigt, dass dies nicht der Fall ist und die von sozialer Benachteiligung betroffenen Bürger ihren Unmut offen äußern. Die Partei kann jedoch ihre Mono-

polstellung im politischen System nur aufrechterhalten, wenn sie verhindert, dass sich Interessensgruppen außerhalb ihrer Einfluss-sphäre etablieren und womöglich alternative politische Programme aufstellen. Deshalb wird ihr von Beratern nahe gelegt, sich an die Spitze der gesellschaftlichen Bewegung zu stellen und sich als Hüterin der sozialen Gerechtigkeit mit dem Anspruch einzubringen, den Aushandlungsprozess „anzuleiten“, zu moderieren und zu einem konsensualen Abschluss zu bringen. Das Führungsteam Hu Jintao/Wen Jiabao profiliert sich entsprechend mit dem Versuch, die Rolle der Partei als Moderatorin des Aushandlungsprozesses neu zu definieren und damit eine Legitimationsstrategie zu verfolgen, die ausdrücklich wieder normativen Vorstellungen Raum gibt.

DIE HARMONISCHE GESELLSCHAFT

Das Ziel, das nun von der KPCh verfolgt wird, ist nicht mehr allein wirtschaftliches Wachstum und damit Prosperität für Staat und Individuum. Es wird vielmehr eine Gesellschaft der Harmonie angestrebt, welche in der Lage sein soll, die Konflikte zwischen Individuen und Kollektiven gewaltfrei zu lösen. Mit dieser Zielsetzung knüpft die Führung der KPCh an konfuzianische Traditionen an, die schon einmal, in einer frühen Phase der Modernisierung am Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, eine Rolle gespielt haben. Im Gegensatz zu den westlichen Industriegesellschaften, so meinte man schon damals, sei die chinesische Gesellschaft durch die Abwesenheit von Klassenkonflikten gekennzeichnet. Existierende Konflikte könnten im Kontext konfuzianischer Moralvorstellungen durch Einsicht und Fürsorge gelöst werden, gewaltlos und im Sinn der Herstellung eines gesellschaftlichen Konsenses ohne staatliche Intervention. Damit verabschiedet sich die KPCh vom Erbe des Klassenkampfes und appelliert angesichts immer häufiger auftretender, spontaner und organisierter, gewaltvoller Auseinandersetzungen innerhalb der Bevölkerung an das konfuzianische Erbe als Grundlage der chinesischen Besonderheit. Sie versucht, den Verzicht auf Durchsetzung von Partikularinteressen im Sinne der harmonischen Gesellschaft durch einen Gewinn an kollektiver Selbstachtung schmackhaft zu machen.

Doch nicht alle lassen sich durch diese Neudefinition der politischen Verhältnisse ruhig stellen. Die Unruhen verstärken das Gefühl einer bevorstehenden Krise. Innerhalb der Partei streiten die verschiedenen politischen Kräfte heftig um Chinas Zukunft: Die einen schauen zurück in die maoistische Vergangenheit, die anderen in eine Zukunft nach westlichem Vorbild. In der Mitte steht der Ruf nach einer kommunistischen Partei mit sozialdemokratischem Programm. Anstatt mehr Harmonie ist mehr Konflikt in der chinesischen Gesellschaft zu erwarten – bei einem politischen System, das keine Institutionen zur friedlichen Lösung gesellschaftlicher Konflikte kennt, nicht ohne Risiko. ■



Vita & Publikationen

Susanne Weigelin-Schwiedrzik ist Professorin für Sinologie an der Universität Wien. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Politik und Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert.

Veröffentlichungen zum Thema: „In Search of a Master Narrative for 20th Century Chinese History“, in: *The China Quarterly*, Vol. 188, Dec 2006. „State and Rural Society in the PRC: Between Autonomy and Authority“, in: *China Report* No. 141–142/2003. Zusammen mit Sepp Linhart: „Ostasien im 20. Jahrhundert“, Promedia, Wien 2007.

2 HÜTERIN DER VIELFALT. DER BLICK VON INNEN.

VON LAI HAIRONG

»Die Katze, die die Ratte fängt, ist eine gute Katze,
ob sie nun weiß ist oder schwarz.«*



Über die Kommunistische Partei Chinas gibt es weit verbreitete Missverständnisse. Viele glauben, dass sie immer ein starres Gebilde war, das keine Alternativen zuließ und wenig Flexibilität für Veränderungen besaß. Doch das stimmt nicht: Seit ihrer Gründung 1921 hat die KPCh ihre Politik ständig verändert.

Bevor die KPCh 1949 die Macht in ganz China übernahm, war es ihr vorrangiges Ziel, China von der Semi-Kolonialisierung, insbesondere durch den japanischen Imperialismus, und vom Semi-Feudalismus – fast das ganze Land war im Besitz einiger weniger Landbesitzer – zu befreien. 1921 wollte sie sich zunächst mit der größten und einflussreichsten progressiven Kraft zusammenschließen – der Nationalen Volkspartei Chinas oder Kuo Ming Tang (KMT). 1927 unternahm sie einen bewaffneten Aufstand gegen die herrschende KMT, da diese nicht mehr bereit war, das radikale Programm der Kommunisten zu tolerieren. 1936 bis 1945 mäßigte sie ihren Radikalismus und kooperierte mit der KMT im Kampf gegen Japan. Nach dem zweiten Weltkrieg kam es zum Bürgerkrieg, in dessen Folge die KMT nach Taiwan vertrieben wurde. Während der 28 Jahre ihres Aufstiegs zur Macht waren die Beziehungen der KPCh zu Kapitalisten und Landbesitzern im Wesentlichen kooperativ. Und sie hatte jahrzehntelange Erfahrungen mit einem Vielparteiensystem gemacht, das damals allerdings noch sehr unterentwickelt war.

WÄHREND DER AUFGEHEIZTEN PERIODE des Kalten Kriegs, als China direkter Gegner der USA im Korea-Krieg war, kam es zu einer allmählichen Stalinisierung der KPCh. Dieser Prozess be-

schleunigte sich von 1956 an und erreichte den Höhepunkt mit der Kulturrevolution. Machterhalt schien das Hauptanliegen der damaligen Führung zu sein. Die KPCh vermutete den Feind überall, im Ausland wie im Inland. Klassenkampf stand im Zentrum des Programms. Oberste Priorität war, jede Abweichung von der Parteilinie auszumerzen. Die Bildung landwirtschaftlicher Kollektive und die Nationalisierung der Industrie waren nur zwei Episoden des traumatischen Prozesses der Stalinisierung, die alle Lebensbereiche überzog. Die gesamte Bevölkerung, auch die damalige Parteiführung, litt unsagbar während dieser 28 Jahre.

1979, nach dem Tod von Mao Zedong – dem führenden Geist des kommunistischen Regimes und Motor der Stalinisierung – und nach dem Machtverlust seiner wichtigsten ideologischen Gefolgsleute begann die Partei das Trauma zu reflektieren, das die Nation und die Partei erfahren hatten. Ihre Absicht wurde es, einen neuen Weg einzuschlagen.

Die neue Führung sah den Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht mehr schwarz-weiß. Anstelle des Klassenkampfes sollte nun die ökonomische Entwicklung höchste Priorität haben. Den Lebensstandard zu verbessern wurde das große Versprechen der KPCh. Und das wichtigste Mittel, die Wirtschaft voranzutreiben, war die Zulassung von Privatinitiative. Das erforderte einen graduellen Rückzug von Partei und Staat aus Wirtschaft und Gesellschaft. Sich für die Welt, vor allem für die entwickelten Industriestaaten, zu öffnen, galt als Voraussetzung der Entwicklung.

* Dieses Sprichwort wurde berühmt, weil Deng Xiaoping es häufig verwendete, um seine Reformpolitik zu begründen

IN WIRTSCHAFTLICHER HINSICHT betrachtete die KPCh den privaten Sektor zunächst als notwendiges Übel, ab 1992 als nützliche Ergänzung der sozialistischen Wirtschaft und heute als Hauptkomponente der sozialistischen Marktwirtschaft, deren rechtlicher Status dem des Staatssektors ebenbürtig ist. Die Kommando- oder Planwirtschaft aus der Zeit der Stalinisierung verschwand nach und nach.

IN SOZIALER HINSICHT gestand die Partei den Individuen anfangs nur einen sehr begrenzten Handlungsspielraum zu. Doch die wirtschaftliche Liberalisierung und Marktorientierung und Chinas wachsende Integration in die Weltgemeinschaft waren Triebfedern der Privatinitiative. Mit dem Rückzug der Partei entstanden Verantwortungslücken im Bereich Bildung, soziale Sicherheit, Umweltschutz. Das führte zu einem Aufschwung der Zivilgesellschaft.

IN POLITISCHER HINSICHT bemühte sich die KPCh, die Beziehungen zu den „demokratischen Parteien“ – ihre Verbündeten vor 1949, als die KPCh in der Opposition war, und ihre Opfer in den Jahren 1950 bis 1978, als sie zum Klassenfeind gestempelt wurden – neu zu gestalten, um ihnen neues Gewicht im Leben der Nation zu verleihen. Die KPCh änderte ihr Verhältnis zum Volkskongress und forderte von sich aus, dass die Parteiaktivitäten durch Gesetze geregelt werden. Die KPCh betonte die Autorität des Gesetzes und unternahm Anstrengungen, diese zu stärken. Ihr Ziel: die Macht des Staats zu kontrollieren und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten. Seit Mitte der 1990er-Jahre experimentiert sie mit Wettbewerbselementen bei Wahlen in Staats- und Parteipositionen – allerdings sind das erst zarte Anfänge.

Ökonomische und soziale Unterschiede werden als Wachstumsanreiz gefördert. Waren sie in den späten 1970er-Jahren noch wenig ausgeprägt, entwickelte sich Mitte der 2000er-Jahre eine breite Vielfalt. Anstatt wie im Stalinismus nur eine Ausrichtung als gerechtfertigt zu akzeptieren, vertritt die KPCh heute die Meinung, dass jedes Interesse und jede Überzeugung ihren Platz haben sollen. Sie bemüht sich, die Unterschiede auszubalancieren. Eine harmonische Gesellschaft ist eine Gesellschaft friedvoller Vielfalt.

WIE GEHT ES WEITER? Prognosen zu machen, ist derzeit waghalsig. Sicher ist aber, dass die KPCh auch in Zukunft ihre Politik und Orientierung immer wieder wandeln wird. Man sollte also von weiteren Veränderungen nicht überrascht sein – wie immer sie aussehen mögen. ■

Übersetzung: Gerda Wagner

»DIE KONFLIKTE ZEIGEN DIE DYNAMIK CHINAS.«

FRAGEN AN LAI HAIRONG

Wie verhält sich die „harmonische Gesellschaft“ zu den Konflikten, die immer öfter zu gewalttätigen Kämpfen von Bauern und Arbeitern mit der Staatsmacht führen?

LAIRONG: Das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“ ist eher Ziel als Realität. Es ist ein Prozess, in dem Staat wie Gesellschaft lernen, mit der wachsenden Vielfalt von Werten und Interessen zu leben und auch mit der Tatsache, dass diese miteinander in Konflikt geraten können. Zu hoffen bleibt, dass die Konflikte mit Mitteln der „harmonischen Gesellschaft“ bereinigt und nicht gewaltsam ausgetragen werden.

Statt mehr Harmonie mehr Konflikt – und das chinesische System hat keine Institutionen zur friedlichen Lösung der Konflikte

HAIRONG: Doch, es gibt eine Reihe solcher Institutionen. Nur müssen wir ihre Leistungsfähigkeit stärken und neue Institutionen einrichten. Wir gehen davon aus, dass eine Zunahme von professioneller und unabhängiger Gerichtsbarkeit, Transparenz des Regierungshandelns und zivile Teilhabe am politischen Handeln, dynamische Massenmedien und Wettbewerb bei Wahlen die Lösung der Konflikte unterstützen.

Die gewaltsamen Konflikte verdanken sich der weit auseinander klaffenden Schere zwischen Arm und Reich und der Rücksichtslosigkeit jener, die Reichtum anhäufen. Wie wollen Sie diese Probleme auf harmonischem Wege lösen?

HAIRONG: Der sich vergrößernde Abstand zwischen Reich und Arm ist ein Grund für die Konflikte. Er ist aber nicht der Hauptgrund, denn diejenigen, die den Reichtum einstecken, wenden heute weniger brutale Methoden an, weil die wachsende Intelligenz des Systems diese nicht mehr zulässt. Es gibt jedoch mehr Konflikte als früher. Das hängt mit der Veränderung von Werten und Verhalten, Mentalität und sozialer Fürsorge zusammen, wie sie jeder Bürger zur Zeit erfährt, aber auch mit einem wachsenden Rechtsbewusstsein. Diese Konflikte bedeuten vor allem, dass die Chinesen besser und schneller sein wollen, sie zeigen die Dynamik des Landes. Allerdings können sie auch zur Spaltung der Gesellschaft führen, wenn man nicht richtig mit ihnen umgeht. Eine harmonische Gesellschaft heißt, mit unterschiedlichen, auch widerstreitenden Werten und Interessen zu leben und die Konflikte durch einen kontinuierlichen Lernprozess zu steuern. ■

Die Fragen stellte Elisabeth Kiderlen



Vita & Publikationen

Lai Hairong ist stellvertretender Direktor vom China Center for Comparative Politics and Economics (CCCPE) in Beijing.

Veröffentlichung: „Semi-competitive elections at township level in Sichuan Province“, in: *China perspective*, No. 51, 2004.

»NUR DER DEMOKRATISCHE SOZIALISMUS KANN CHINA RETTEN.«

Kontroverse Thesen zur Zukunft der Volksrepublik im Vorfeld des Parteitages im Herbst 2007. VON XIE TAO



In China gab es, anders als im Ostblock, keinen plötzlichen Umsturz. Das verdankt das Land der rechtzeitigen Reform- und Öffnungspolitik von Deng Xiaoping. Nachdem sein Reformprogramm Unterstützung bei der breiten Masse gefunden hatte und somit zur politischen Hauptströmung geworden war, d.h. von der dritten Plenarsitzung des 11. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (1978) an, setzten Deng Xiaoping und seine politischen Helfer Hu Yaobang und Zhao Ziyang einige weitreichende politische Maßnahmen um. Dabei scheuten sie nicht den Vorwurf, sie führten eine „Restauration des Kapitalismus“ herbei.

Sie lösten die Volkskommunen auf und führten eine Landwirtschaft ein, die auf den einzelnen bäuerlichen Haushalten basiert. Sie lösten die Vorherrschaft des Gemeineigentums auf (1978 betrug dessen Anteil 99,1 Prozent) und ließen unterschiedliche Formen von Eigentum zu. Sie erlaubten, dass einige Menschen

schneller zu Wohlstand kamen und integrierten damit die Kapitalisten wieder in die Gesellschaft und die fortschrittlichen Produktivkräfte wieder in die Ökonomie. Jedem Leser ist klar, dass diese Maßnahmen dem demokratischen Sozialismus zuzuordnen sind. In China werden sie jedoch „sozialistischer Weg mit chinesischer Prägung“ genannt, um sich dem Verdacht des Revisionismus zu entziehen.

Auf der 3. Plenarsitzung des 14. Zentralkomitees der KPCh (1993) unter der Führung Jiang Zemens wurde erneut ein entscheidender Schritt nach vorn gemacht: Die Planwirtschaft wurde abgeschafft und stattdessen die sozialistische Marktwirtschaft eingeführt. 2002 trat China der WTO bei und erzielte damit den Anschluss an die Weltwirtschaft.

WAS BEACHTUNG VERDIENT und wovor man auf der Hut sein sollte, ist, dass die Linke innerhalb der Partei heute wieder sehr aktiv ist. Sie spricht jenen Teil der Bevölkerung an, der mit der Politik von Reform und Öffnung nicht zufrieden ist. Sie stellt diese Politik grundsätzlich in Frage und rührt die Werbetrommel für eine Rückkehr in das Zeitalter Mao Zedongs.

Die Ungleichheit der Vermögensverteilung innerhalb der Gesellschaft fördert die Initiative der Einzelnen. Sie ist wie ein Schalter, der gesellschaftlichen Fortschritt bewirkt. Man kann diesen „Hebel“, auch „Gini-Index“ genannt, bis zu einem angemessenen Grad betätigen. Geht man jedoch zu weit, kann das eine Gesellschaft sprengen. Benutzt man ihn gar nicht, verliert die Gesellschaft ihre Dynamik und jeglichen Anstoß zur Weiterentwicklung. Das Ergebnis davon wäre die Auflösung der Einheit der Widersprüche. Die Kunst eines Führers besteht darin, den „Grad“ genau einzustellen und zu kontrollieren.

Die Kommunisten kämpfen seit Jahrzehnten für eine ideale Gesellschaft. Doch ihre größte Fehlleistung bestand darin, diesen „Messgrad“ auszuschalten, um die Egalisierung von Arm und Reich durchzusetzen. Solange es dabei gerecht zugeht, wurde nicht nach Effizienz gefragt. Ja, sie waren sogar stolz darauf, die Armut gleich verteilt zu haben. Dieser Fehler hatte zur Folge, dass es etliche Jahrzehnte Stagnation und Rückgang in der Produktion gab.



Vita & Publikationen

XIE TAO, 86-jähriger Parteiveteran, ist eine prominente Stimme in der chinesischen Diskussion. Der ehemalige Vizedirektor der Volksuniversität in Beijing war sechzig Jahre lang Mitglied der KPCh. Wir veröffentlichen eine gekürzte Fassung des Essays „Nur der demokratische Sozialismus kann uns retten“ aus der Monatszeitschrift *Yanhuang Chunjiu* („Frühling und Herbst der Nation“) vom Februar 2007 mit freundlicher Genehmigung des Autors.

VOM WIEDERAUFLACKERN EINES IDEALS

INTERVIEW MIT
DEM LANGJÄHRIGEN PARTEIGMITGLIED XIE TAO
ÜBER DIE NOTWENDIGEN NÄCHSTEN SCHRITTE

Der so genannte Vorteil des Sozialismus konnte auf diese Weise nie bewiesen werden, im Gegenteil, diese Politik führte dazu, dass der Sozialismus in Misskredit geriet. Der von den schwedischen Sozialdemokraten entwickelte Wohlfahrtsstaat beeinflusste als Modell die entwickelten Länder des Westens und veränderte die Richtung der Menschheitsgeschichte. Wir Chinesen sollten daher der größten Errungenschaft des Marxismus, dem demokratischen Sozialismus, größere Aufmerksamkeit und mehr Respekt schenken.

IN CHINA MEINEN VIELE, unser System sei sehr gut. Kein Wunder, dass niemand sich mit westlicher Demokratie und Gewaltenteilung beschäftigt. Ob ein System jedoch gut oder schlecht ist, ist keine Frage der Theorie sondern der Praxis. Die Praxis ist das einzige Kriterium, das die echte von der falschen Demokratie unterscheidet. So konnte das chinesische System nicht verhindern, dass mehr als 50 000 Intellektuelle als rechte Elemente eingestuft wurden, so wie es auch die Organisation in Volkskommunen und den „Großen Sprung nach vorne“ nicht abwenden konnte. Und als die Kulturrevolution, die bereits faschistische Züge annahm, die Verfassung außer Kraft setzte und parlamentarische Aktivitäten verbot, löste dies in der Volksrepublik noch immer keinen Widerstand aus. Für die Gewährleistung von Demokratie, die Wahrung der Menschenrechte und die Sicherstellung der Unantastbarkeit der Verfassung zeigt dieses System offenbar keine Wirkung. Entspricht das etwa nicht den Fakten?

Eine Reform des politischen Systems lässt sich nicht aufschieben. Der Versuch, das maoistische System beizubehalten und die Reformen auf die Ökonomie zu beschränken, wird dazu führen, dass wir erneut den Weg des Untergangs beschreiten, den das bürokratisch-kapitalistische System der Kuo Min Tang schon einmal auf dem chinesischen Festland gegangen ist. Nur eine konstitutionelle Regierungsform mit demokratischen Rechten bietet die Möglichkeit, das Problem der Korruption und des moralischen Verfalls einer einzigen Regierungspartei zu lösen. Daher kann nur der demokratische Sozialismus China retten! ■

Übersetzung aus dem Chinesischen: Petra Rath, Universität Wien

Heinrich-Böll-Stiftung in Beijing

Seit 2005 führt die Heinrich-Böll-Stiftung einen Dialog mit chinesischen Parteivertretern und Wissenschaftlern zur gesellschaftlichen Rolle von Parteien und der Transformation der Kommunistischen Partei Chinas.

Nach zwei internationalen Konferenzen in Peking und Berlin, wird Ende 2007 die dritte Konferenz der Reihe zum Thema „innerparteiliche Demokratie“ in Chinas Henan Provinz stattfinden.

Ihr Essay hat viel Aufregung provoziert. Haben Sie das erwartet?

XIE TAO: Der Essay spiegelt meine Überlegungen und meine Erfahrungen wider. Ich bin jetzt 86 Jahre alt. Meine Generation ist mit der Studentenbewegung groß geworden. Es war die Forderung der KPCh nach Demokratie und Freiheit, welche die Intellektuellen in den 30er- und 40er-Jahren des letzten Jahrhunderts bewog, zur Revolution hinzuzustoßen. Wir hätten uns aber nie erträumt, dass die Entwicklung nach unserem Sieg einen so anderen Lauf nehmen würde. Insbesondere die Große Kulturrevolution hat die Ideale der chinesischen Intellektuellen zerschmettert. Mein Essay kann als Wiederaufflackern unseres Ideals gelten. Ich habe sehr gehofft, dass ich die Leute damit zur Diskussion und zum Nachdenken anrege. Jetzt schäumen die Wogen der Erregung hoch auf, auch in wissenschaftlichen Kreisen und im Internet gibt es heftige Debatten. Vielerorts finden Versammlungen statt, in denen Kritik an mir geübt wird. Allerdings erhielt ich von den offiziellen Stellen noch keinen Anruf, und diese tolerante Haltung freut mich sehr.

Kurz nach Veröffentlichung Ihres Essays besuchte der Vorsitzende Hu Jintao Schweden. Ein Zufall?

XIE TAO: Die Führungsspitze Chinas überlegt sich sehr genau, wie und von welchen Erfahrungen anderer Länder sie lernen kann. Vielleicht veröffentlichte ich meinen Artikel zu einem günstigen Zeitpunkt, sodass er der Sache einen kleinen Anstoß gab. Selbstverständlich betont die Führung auf der Suche nach Chinas Weg in die Zukunft, dass man Erfahrungen sammeln müsse und nicht einfach nur kopieren und imitieren dürfe.

Welche Reformen stehen jetzt an?

XIE TAO: Die 17. Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPCh müsste bei der Reform der Verwaltung und des Rechtswesens ansetzen. Zur Konsolidierung der Finanzen und für den Kampf gegen Korruption müssten neue Maßnahmen getroffen werden. Im politischen System dürfen die Veränderungen nicht zu groß ausfallen, der Sozialismus chinesischer Prägung muss unser Leitgedanke bleiben. China macht Fortschritte – wenn auch nur in kleinen Schritten. Dass über meinen Artikel öffentlich diskutiert werden kann, ist schon an sich ein Fortschritt. ■

Das Interview führte Zhu Yi

WIE WIRD REGIERT?

Welche Macht hat die Zentrale? Erreichen die in Beijing beschlossenen Gesetze und Maßnahmen überhaupt die Provinz?

VON THOMAS HEBERER

»Der Gott des Donners schlägt den Bohnenquark (Doufu) – nur um die Schwächeren zu schikanieren.«

Die chinesische Gesellschaft ist kein homogenes autoritäres Gebilde, stattdessen zeichnet sie sich durch ein System des fragmentierten Autoritarismus aus. In diesem Gebilde gibt es Platz für verschiedene gesellschaftliche „Modelle“. Im Dorf Nanjie in der Provinz Henan etwa sind die Bewohner zu einem neo-kommunistischen Modell mit ausgeprägtem Mao-Kult und einem singulären Eigentumssystem zurückgekehrt. Hier wird ausschließlich Kollektivwirtschaft geduldet. Wenige Kilometer entfernt das genaue Gegenteil: ein Dorf nur mit Privatwirtschaft, dessen Leitung sich weitgehend aus Privatunternehmern zusammensetzt.

In diesem System des fragmentierten Autoritarismus nehmen sehr viele unterschiedliche Akteure Einfluss auf politische Entscheidungen: der Zentralstaat, die Provinzen, lokale staatliche Organe, das Militär, neue soziale Schichten und Organisationen... Darüber hinaus kompliziert die duale Verwaltungsstruktur von Partei und Staat die politischen Entscheidungen. Das Ausmaß der Fragmentierung wird deutlich, wenn Entscheidungen durchgesetzt werden sollen.

PARALLELE ENTSCHEIDUNGSSTRUKTUREN

Ein Beispiel: Das Umweltamt eines Landkreises will eine Initiative starten. Dabei untersteht es verwaltungsmäßig der Kreisregierung, über die Parteiorganisation des Umweltamts aber auch dem örtlichen Kreispartei-Komitee. Gleichzeitig ist das Umweltamt der Provinz das Aufsichtsorgan, das wiederum der Provinzregierung untersteht. Dieses besitzt selbst wieder ein Parteikomitee, das dem Provinzpartei-Komitee untergeordnet ist.

Es braucht nicht viel Phantasie, sich vorzustellen, wie diese komplizierte Verflechtung paralleler Instanzen Entscheidungsfindungen erschwert. Das einzelne Kreisumweltamt muss bei wichtigen Vorhaben die Zustimmung aller beteiligten Verwaltungs- und Parteiorgane einholen. Dabei kommt es häufig zu unterschiedlichen Vorstellungen und Bewertungen, so dass Entscheidungen verlangsamt oder sogar unmöglich werden.

ENTSCHEIDUNGSRECHTE DER PROVINZEN

Die Schwierigkeit, zentrale Politik lokal umzusetzen, hat noch weitere Gründe. Seit den Dezentralisierungsprozessen der 1980er-Jahre haben Provinzen und Kommunen größere Entscheidungsrechte erhalten und damit einen signifikant größeren Spielraum in ihren Verhandlungen mit der Zentrale. Aus Beijing kommen zwar die politischen Vorgaben, doch diese Zielvorstellungen treffen auf konkrete Gegebenheiten und politische Konstellationen auf der Provinz- bis hinunter zur Dorfebene. Lokal und regional kann es deshalb zu Abänderungen und Abweichungen kommen, die auf die jeweils höheren Ebenen zurückwirken und die Gesamtpolitik der Zentrale verändern. Provinzen, Kreise, Städte, Gemeinden und Dörfer sind nicht einfach Ausführungsorgane einer übermächtigen Zentrale. Sie können deren Vorgaben mechanisch, flexibel oder abweichend, nicht oder nur eingeschränkt durchführen. Macht ist somit kein vertikaler Prozess zur Durchsetzung von oben nach unten, sondern ein Interaktionsprozess verschiedener Ebenen.

PRIORITÄT HAT DIE WIRTSCHAFT

Hinzu kommen weitere Faktoren: Bei der Bewertung der Leistung lokaler Funktionäre durch höhere Organe stehen Bewahrung von Stabilität und Wirtschaftswachstum im Vordergrund. Entwicklungen, die diese beeinträchtigen, werden von der Zentrale unmittelbar sanktioniert. Alle anderen Faktoren sind politisch sekundäre Phänomene, die erst Vorrang bekommen, wenn starker politischer Druck etwa durch das Ausland und die NRO oder interner Druck durch lokale Eliten und soziale Akteure ein Politikfeld ins Zentrum der allgemeinen Aufmerksamkeit rücken. Lokale Funktionäre wissen, dass sie etwa im Fall von Umweltschäden oder Bergwerksunfällen wenig zu befürchten haben, solange keine größeren Unruhen in der Bevölkerung entstehen. Kleinere Proteste lassen sich zudem leicht unterdrücken, da die Medien nicht frei berichten dürfen.



Vita & Publikationen

Thomas Heberer ist Professor für Politikwissenschaft und Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen.

Jüngste Buchpublikation: Zusammen mit C. Derichs: „The Power of Ideas – Intellectual Input and Political Change in East and Southeast Asia“, Copenhagen 2006. Mit G. Schubert: „Von ‚Massen‘ zu Bürgern? Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China“, Band I (Der urbane Raum), Wiesbaden 2007.

Darüber hinaus widersetzen sich oft mächtige Koalitionen lokaler Funktionäre mit Unternehmern und anderen gesellschaftlichen Gruppen der Durchführung zentral beschlossener Regelungen. Partizipiert etwa ein ganzes Netzwerk an wenig betriebssicheren Bergwerken oder an einem Betrieb, der die Umwelt verschmutzt, werden Direktiven aus der Zentrale mit dem Hinweis auf „lokale Stabilität“ oder „Wirtschaftsentwicklung“ umgangen. Denn schließlich – so die Argumentation – könnte die Schließung ökologisch und sicherheitstechnisch problematischer Betriebe dazu führen, dass viele Beschäftigte und andere Nutznießer Arbeit und soziale Sicherung verlieren, der lokale Staat Steuereinnahmen, die Unternehmer ihre Gewinne und die Funktionäre ihre Pfründe und Zusatzeinnahmen.

ENTSCHEIDUNGSINSTANZEN IM DORF

Am Beispiel formeller und informeller Entscheidungsprozesse auf der Dorfebene wollen wir die Komplexität von Entscheidungsprozessen auf dem Land verdeutlichen. Das Dorf war und ist nicht Teil der staatlichen Verwaltungshierarchie, diese reicht nur bis zum Kreis oder zur Gemeinde. Es ist der Clan, der traditionell die Grundzelle des Dorfes bildet, die Eigentums- und Bewirtschaftungseinheit. Die Mitglieder eines Clans leiten sich von einem gemeinsamen fiktiven Vorfahren ab. Eine solche Organisation kann mehrere tausend Mitglieder in einem oder mehreren Dörfern umfassen, wobei alle den gleichen Nachnamen tragen (Wang, Li etc.). Nach 1949 wurden die Clans von der KPCh unterdrückt, im Zuge des Reform- und Liberalisierungsprozesses haben sie jedoch vor allem in Süd- und Zentralchina neue Bedeutung erlangt.

Heute bilden das dörfliche Parteikomitee und das administrative Verwaltungsorgan das Dorfverwaltungskomitee, also die formelle Entscheidungsinstanz in chinesischen Dörfern. Doch

diese Instanzen können Probleme nicht immer lösen. Das Wirken traditioneller und informeller Solidargruppen wie Clans, Tempelorganisationen oder ethnische Gruppen spielt häufig die entscheidende Rolle. Sie besitzen moralische Autorität, definieren Normen und Regeln und setzen diese durch.

Diese traditionellen Strukturen prägen von daher auch das Verhalten der Dorfkader, die sich diesen Normen, Regeln und Verpflichtungen nicht entziehen können. So schafft die informelle Organisation ein System der Kooperation und Verantwortlichkeit, das die Durchsetzung von Dorfinteressen begünstigt. In Dörfern mit funktionierenden informellen Institutionen besteht ein höherer Grad an persönlicher Verantwortung der Bewohner und Kader, wodurch *governance* und die Bereitstellung öffentlicher Güter (Bau von Wegen, Schulen, Fließwasseranlagen etc.) deutlich besser funktionieren als anderswo. Wo der Staat wenig zu bieten hat, schaffen sich die Menschen ihr eigenes System von *nongovernmental governance*, was zur größeren Legitimität der informellen Strukturen beiträgt.

Gesetze haben in China sehr viel stärker den Charakter von politischen Statements, zumal die Zentrale weiß, dass sie nur schwierig durchzusetzen sind. Was in Beijing beschlossen wird, muss unterschieden werden in „harte“ und „weiche“ Regelungen. Die Durchführung harter Direktiven, das weiß jeder Funktionär, ist zumindest zeitweilig angeraten. Diese bestehen weniger aus Gesetzen als aus Beschlüssen der zentralen Führung (Politbüro/Staatsrat). Harte Regelungen, also solche, die Stabilität, Wirtschaftsentwicklung, Eindämmung von Epidemien, Katastrophenschutz betreffen, müssen erfüllt werden, weiche Regelungen etwa zum Umweltschutz können erfüllt werden. Die Mittel der Zentrale, auch den fernen Kadern ihre Prioritäten nahe zu bringen, sind Parteidisziplin und Personalpolitik. ■

Foto: Michael Wolf /aif



DIE NEUEN PARTNER DES STAATES

Chinas NRO als Produkt des Öffnungs- und Reformprozesses. VON DORIT LEHRACK

»Eine lange Reise beginnt mit dem ersten Schritt.«

In 1993 wurden in China 30 000 Nichtregierungsorganisationen (NRO) gezählt, 1996 sind es schon 200 000. Katalysator für diese fulminante Entwicklung der Zivilgesellschaft war die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995. Der Begriff NRO drifft ins chinesische Vokabular. Die Reformen dieser Jahre sind durch die Idee „weniger Staat, mehr Gesellschaft“ geprägt. Wohlfahrtsaufgaben, für die bislang der Staat verantwortlich war, werden an staatlich finanzierte Verbände wie etwa den Allchinesischen Frauenverein delegiert. Parallel dazu öffnet sich China „nach außen“ und ermöglicht seinen Bürgern durch das Internet den Zugang zu ausländischen Medien und Universitäten rund um den Globus. Die Idee eines zivilen Engagements zur Beeinflussung der Kommunal- und Regierungspolitik erreicht die Volksrepublik.

Mit den Reformen wird die Regierung auch kooperationswilliger. Sie braucht Partner, um die gesellschaftliche Entwicklung reibungsarm zu steuern und rechtzeitig auf Alarmsignale zu reagieren. Ausdruck dieser Öffnung sind die vielfältigen Initiativen, die Bürger an Entscheidungen zu beteiligen und sie zur Kritik „von unten“ einzuladen. Jüngstes Beispiel dafür sind die für 2008 beschlossenen Regeln für mehr Transparenz, die „sichern sollen, dass Bürger und zivile Organisationen auf allen Ebenen der Administration (...) Informationen abfragen können.“ Auf diese Weise will die Regierung die Transparenz erhöhen und gegen Korruption vorgehen.

Die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Zentralregierung spiegelt sich auch in der Zielsetzung chinesischer NRO wider, den Staat dabei zu unterstützen, auf einem umwelt- und sozialverträglichen Weg in die entwickelte Welt aufzusteigen. Wo die Regierung nicht präsent sein kann, kümmern sich die NRO um die Verlierer des Wachstumsprozesses und die Folgen für die Umwelt. Die Entschärfung sozialer und ökologischer Probleme sind ihre Hauptarbeitsfelder. NRO die sich vergleichbar mit Attac oder Amnesty International rein politisch engagieren, gibt es nicht.

DIE NRO SIND MITTLER zwischen Betroffenen und Entscheidern. Sie übersetzen Bedürfnisse „von unten nach oben“ und fordern politische Korrekturen oder eine verbesserte Umsetzung der Gesetze. Das ist eine inzwischen auch vom Staat gewollte und zu-

nehmend geförderte Funktion zur Umsetzung der Vision der „harmonischen Gesellschaft“, wie die Losung der KPCh heute heißt.

DIE AKZEPTANZ ZIVILEN ENGAGEMENTS STEIGT. Noch Ende der 90er-Jahre waren einer Umfrage zufolge achtzig Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass allein der Staat für das Wohlergehen seiner Bürger zuständig ist. NRO wurden als Export aus dem Westen angesehen. International agierende Organisationen wie Greenpeace oder WWF mit ihren westlich geformten Kampagnenstrategien waren auch für chinesische Medien interessant und prägten das NRO-Bild. Mit der finanziellen Hilfe großer internationaler NRO wurden zwar Probleme gelöst, aber auch neue geschaffen: Ihre Arbeitsweisen und Strategien widersprachen oft der chinesischen Kooperationskultur und wurden von den Partnern im Land nicht selten abgelehnt.

Das Image der chinesischen und der internationalen NRO ist heute deutlich besser: Internationale NRO arbeiten gern in Netzwerken zusammen mit ihren chinesischen Partnern, weil sie auf diese Weise ihre Akzeptanz erhöhen. Die chinesischen Gruppen sind selbstbewusster und somit auch erfolgreicher geworden. Ehrenamtliche drängen in die Organisationen und korrigieren wohlwollend den Eindruck, dass sich die gesamte chinesische Gesellschaft unter dem Motto „Lieber reich und glücklich, als arm und krank“ entsolidarisiert.

Auch die Regierung sieht die NRO zunehmend als Partner und finanziert oft sogar deren Fortbildung, um sie effektiver zu machen. Einige erfahrene chinesische NRO, wie beispielsweise CANGO (China Association for NGO Cooperation), geben jungen NRO Start- und Aufbauhilfe, beispielsweise durch Training und Beratung. Auch Geldgeber, beim CANGO-Trainingsprogramm der evangelische Entwicklungsdienst, stärken der chinesischen Zivilgesellschaft als neuem und wichtigen gesellschaftlichen Akteur den Rücken und fördern die Professionalisierung.

Das Ministerium für zivile Angelegenheiten und das NRO-Forschungszentrum an Beijings Tsinghua-Universität plagen sich seit Jahren damit, die Vielfalt der NRO zu erfassen, um entsprechende Regelungen für diesen Sektor zu erlassen. Doch das staatliche Management ist hoffnungslos veraltet und die Registrierung von



Vita & Publikationen

Dorit Lehrack ist Organisationsberaterin für zivilgesellschaftliche Organisationen hauptsächlich in China und Indien. 1999–2006 war sie Beraterin bei CANGO (China Association for NGO-Cooperation), davor fachpolitische Geschäftsführerin des BUND e.V. und Verantwortliche für Osteuropa bei Greenpeace International.

Jüngste Veröffentlichungen:

„China's environmental NGOs – potential partners in environmental governance“, in: CCICED – occasional papers, nr. 7, 2006.



NRO kaum möglich. Das belässt viele in dem eigentlich illegalen Zustand der Nichtregistrierung oder treibt sie in die zweckfremde Registrierung als „Firma“ – das dafür zuständige Handelsministerium ist registrierungsfreudiger. Allerdings wird dadurch das ohnehin geringe Einkommen der NRO steuerpflichtig.

Ähnlich schwierig ist die Mittelbeschaffung. *Fundraising* ist per Gesetz erlaubt, solange das Geld nahezu komplett in die Projekte fließt. Für die Organisation selbst bleibt jedoch so wenig übrig, dass oft nur ehrenamtlich oder zu Hungerlöhnen gearbeitet werden kann. Ein Gesetz zur Erleichterung von Spenden für gemeinnützige Zwecke ist seit zehn Jahren anhängig. Grund für die langsame Entwicklung ist weniger der fehlende Wille der Regierung, sondern die hoffnungslose Überlastung der Behörden, die das gesamte Regelwerk Chinas den neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen anpassen müssen.

DIE ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR NRO werden trotz aller Schwierigkeiten leichter. Die von der Regierung beschworene Vision einer „harmonischen Gesellschaft“ fordert zur Zusammenarbeit aller Gruppen der Gesellschaft auf – einschließlich der zivilgesellschaftlichen Akteure.

Die allgemeine Öffnung bringt eine Enttabuisierung von Themen wie AIDS und Sozialstandards für Wanderarbeiter mit sich. AIDS-Gruppen etwa werden heute von staatlichen Institutionen in die Präventionsarbeit einbezogen, da sie deutlich besseren Zugang zu Betroffengruppen haben als die Gesundheitsbehörden. Noch vor drei Jahren wäre das undenkbar gewesen, packten die Gruppen doch ein Thema an, das es angeblich gar nicht gab.

Zu erwarten ist, dass die Wirkungsmöglichkeiten von NRO nach 2008/2010 deutlich wachsen. Es ist den chinesischen Politikern klar, dass nach den kostspieligen Olympischen Spielen in Beijing und der EXPO in Shanghai die Entwicklungshilfe aus dem Westen deutlich gedrosselt werden wird. Probleme im Land müssen dann mit eigenen finanziellen und personellen Ressourcen gelöst werden, und da sind gut ausgebildete NRO wichtige Partner. Spätestens dann werden auch moderne Regelungen für die Unterstützung und Supervision des Sektors in Kraft sein.

Um sichtbar und erfolgreich zu sein, bilden sich neue Allianzen: In einem Netzwerk von Umweltverbänden wurde erfolgreich für eine Anhebung der Temperatur von Klimaanlage auf 26 Grad – ein messbarer Beitrag zur Senkung des Energieverbrauchs! – geworben. Nur zwei Jahre nach Abschluss der Kampagne wurden die 26 Grad Regierungsbeschluss. Ein anderes Netzwerk von Umweltorganisationen forderte, ebenfalls erfolgreich, die Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfung für einen in der Provinz Yunnan geplanten Staudamm. Das Staudamm-Projekt wurde vom Ministerpräsidenten vorerst gestoppt. So unterstützen BUND und Heinrich-Böll-Stiftung chinesische Umwelt-NRO bei der Etablierung eines Netzwerks zum Klimaschutz. Auch mit dem Unternehmenssektor entstehen neue Allianzen. Zweckorientierte Zusammenarbeit mit Unternehmen hilft NRO bei der eigenen Professionalisierung, die Firmen hingegen verstärken ihr soziales Engagement. Auch hier ist die Strategie, für alle Beteiligten eine *Win-Win*-Situation zu schaffen, und nicht über Konfrontation sondern durch Kooperation Veränderungen zu erreichen. ■

Foto: Michael Wolf /aif

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG IN BEIJING

Die Unterstützung und Einbindung von Nichtregierungsorganisationen in den politischen Reformprozess gehört zu unseren Schwerpunkten. Im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs assistiert das Büro seit 2006 dem Ministerium für Zivilverwaltung bei der Erarbeitung gesetzlicher Regelungen für die Arbeit von NRO. Zusammen mit einem Forschungszentrum der Tsinghua Universität wurde Anfang 2007 eine Studie zur Selbst-Evaluierung der NRO erstellt. Außerdem trainieren wir NRO in der effizienten Nutzung von Medien und Instrumenten der Öffentlichkeitsarbeit. Mehrere Projekte im Bereich Umwelt und Globalisierung führen wir direkt mit NRO durch.

»1. DU SOLLST KEINE ANGST HABEN!«

Wie Chinas zensierte Medien für mehr Demokratie trommeln. VON ZHU YI UND KATRIN ALTMeyer

»Auf meinem Platz bin ich der Herr«

Deine Zeit ist gekommen!“ So überschrieb der Blogger Wang Xiaofeng seinen Kommentar über den Bau eines Chemiewerks in der südchinesischen Küstenstadt Xiamen. Zehntausende Bürger gingen dort Anfang Juni 2007 für mehrere Tage auf die Straße und forderten eine Überprüfung des geplanten Großprojekts, das in unmittelbarer Nähe zu einem Wohngebiet entstehen sollte.

Die Debatte um den Bau des Chemiewerks machte in ganz China Schlagzeilen. Den lokalen Medien wurde allerdings von der Stadt die Berichterstattung über die Proteste untersagt, und überregionale Zeitungen und Magazine, die kritische Artikel enthielten, wurden beschlagnahmt. Doch das Internet war nicht vollständig zu kontrollieren. Private Blogs verbreiteten die Informationen blitzschnell, und als die Stadtregierung diese Webseiten sperrte, griffen die Bürger zum Mobiltelefon. Eine Million sms gegen das Chemiewerk schwirrten durch die 2,8-Millionen-Stadt. Und als der lokale Netzbetreiber Nachrichten, die zur Demonstration aufriefen, blockierte, verabredeten sich Tausende von Bürgern per sms zu einem „Spaziergang“. Nach zwei Tagen Demonstrationen lenkte die Stadtregierung ein und kündigte an, das Chemieprojekt vorerst auszusetzen und dessen Umweltverträglichkeit neu zu prüfen.

„Deine Zeit ist gekommen!“ triumphtierte Wang Xiaofeng, der durch seine satirischen Texte bekannt geworden ist. Dieses Mal schrieb er mit Ernst und einem ungewohnten Optimismus: „Die Zeit ist vorbei, da die Medien nur als Sprachrohr (der Partei) dienen und das Volk keinen Zugang zu Informationen hatte. (...) Ja, jetzt ist deine Zeit gekommen und der Platz, auf dem du das Sagen hast.“

CHINA HAT HEUTE 140 MILLIONEN INTERNET-NUTZER und etwa sechzig Millionen Blogs und wird damit bald die USA überholen. Vor allem junge, gut ausgebildete Städter nutzen die neuen Medien. Die aufstrebende Mittelschicht galt bisher als wenig

aufmüßig oder politisch interessiert, doch in Xiamen war sie es, die die Regierung herausforderte. Denn viele der Demonstranten hatten dort, wo das Chemiewerk gebaut werden sollte, Wohnungen gekauft.

Doch was Xiamens Bürger auf die Straßen trieb, war nicht nur die Sorge um Gesundheit oder den Wert der Immobilie, sie erhoben den Anspruch auf Mitsprache in öffentlichen Angelegenheiten. Ihre Hauptforderung war die Veröffentlichung der gesetzlich vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsstudie. Gerade erst hat die Zentralregierung für 2008 ein Gesetz angekündigt, das den Bürger Einblick in die staatlichen Planungsprozesse ermöglichen soll. Nun scheint es, als wollten die Bürger so lange nicht warten.

Aber auch professionelle Journalisten spielten für den Erfolg der Demonstranten eine Rolle. Obwohl Wissenschaftler schon vor Monaten Bedenken gegen den Bau des Chemiewerks vorgebracht hatten, wurden Öffentlichkeit und Politik erst aufmerksam, als der populäre Kolumnist Lian Yue eine Serie von Online-Artikeln veröffentlichte. „Bürger in Xiamen, so müsst ihr handeln“ war ein Artikel überschrieben, der mit dem Aufruf einsetzte: „Erstens, du sollst keine Angst haben!“

SEIT ENDE DER 1990ER-JAHRE ist der Mediensektor im Umbruch. Große halbstaatliche Konglomerate sind entstanden, die vor allem den Gesetzen des Markts gehorchen. Heute gibt es in China mehr als 2000 Zeitungen, fast 9000 Magazintitel und 374 Fernsehsender, die um Leser, Zuschauer und Werbeeinnahmen konkurrieren. Das hat die Berichterstattung revolutioniert, eine Vielfalt neuer Formate und Inhalte sind die Folge. Obwohl die radikale Kommerzialisierung vor allem Unterhaltung und Lifestyle fördert, etablierte sich auch ein investigativer, kritischer Journalismus.

So reiste Bei Feng, ein Reporter aus der Nachbarprovinz Guangzhou (Kanton) nach Xiamen, um die Vorfälle dort zu dokumentieren. Als die Demonstranten Probleme bekamen, weil der



Vita & Publikationen

Katrin Altmeyer leitet das HBS-Büro in Beijing. **Zhu Yi** ist Energieexpertin und Programmberaterin. Beide haben langjährige Medieneffahrung in China und Deutschland.

örtliche Netzwerkbetreiber ihre sms blockierte, schickte er seine Berichte via Mobiltelefon nach Guangzhou – durch das Netz des dortigen Anbieters. Ein Kollege leitete die Berichte weiter und Internetnutzer in ganz China konnten die Ereignisse in Xiamen *live* verfolgen.

Viele traditionelle Medien griffen die Geschichte auf. Etliche Magazine und Tageszeitungen veröffentlichten Hintergrundartikel mit vorsichtig formulierten, aber eindeutigen Kommentaren. Sogar Chinas zentrales Staatsfernsehen CCTV berichtete kritisch. Die lokale Presse in Xiamen musste allerdings schweigen.

ÖRTLICHE MEDIEN agieren im unmittelbaren Einflussbereich der lokalen Regierungen, deren Vertreter oft persönliche Interessen verfolgen oder in Korruptionsfälle verwickelt sind. Daher wird Enthüllungsjournalismus häufig von den Zeitungen und TV-Stationen der Nachbarprovinzen aus betrieben. In den letzten zwei, drei Jahren haben fast alle traditionellen Medien eigene Online-Versionen eingerichtet oder sie verbreiten Fernsehprogramme digital und per Satellit und erreichen damit ein Millionenpublikum.

So war es auch im Juni 2007, als ein Skandal in der zentralchinesischen Provinz Shanxi das Land erschütterte, weil Fabrikbesitzer Arbeiter wie Sklaven hielten und die Behörden tatenlos zusahen. Wieder war es ein Journalist der Nachbarprovinz, der die Geschichte ins Rollen brachte.

Dieser unerschrockene Journalismus ist der Zentralregierung einerseits willkommen, da sie so auf Missstände in den entfernten Provinzen aufmerksam wird, andererseits ist er nicht allen Regierungsstellen geheimer. Gerade die Behörden, die für die Regulierung der Medien zuständig sind, allen voran das Zentrale Propagandakomitee der Partei, heute in „Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit“ umbenannt, zeigen sich unflexibel. Berichterstattung über Unruhen und Katastrophen destabilisiere die Gesellschaft, heißt es, und Chinas Bürger seien nicht reif für eine freie Presse. Nachrichten werden unterdrückt, Webseiten blockiert und den Medien im Detail vorgeschrieben, was sie zu tun und zu lassen haben.

Mutige Journalisten gehen allerdings davon aus, dass alles, was nicht ausdrücklich verboten ist, erlaubt sei, und testen täglich die Grenzen aus. Ungefährlich ist dies nicht. Zahlreiche Reporter und Internetblogger sitzen derzeit in Haft, laut Amnesty International mussten mehrere auflagenstarke Zeitungen ihr Erscheinen einstellen, Hunderte internationaler Internetadressen wurden gesperrt und Tausende chinesischer Webseiten geschlossen.

DOCH IN LETZTER ZEIT werden Stimmen auch von staatlichen Behörden lauter, die nach verantwortlichen Medien rufen. So fordert die Umweltagentur SEPA, die Medien sollten ihre Rolle als *social watchdog* wahrnehmen. Und Premier Wen Jiabao spricht immer öfter davon, dass die Medien eine Kontrollfunktion hätten.

Heinrich-Böll-Stiftung in Beijing

Wir unterstützen die Arbeit der chinesischen Medien bei der Förderung demokratischer Reformprozesse und schulen chinesische Nachrichtenreporter in Umweltfragen. Zusammen mit der Fernsehakademie der Deutschen Welle führen wir Seminare zur Umweltberichterstattung durch. Darüber hinaus unterstützen wir medienwissenschaftliche Forschung zur Frage, wie junge Chinesen Internet und Medien zur Meinungsbildung nutzen.

Im April 2007 wurden postum (und mit ausdrücklicher Billigung der Partei) die Überlegungen des früheren Chefs der Propagandaabteilung Lu Dingyi (1906–1996) veröffentlicht, in denen er die Funktion der Presse für die Bekämpfung von Korruption innerhalb der Partei würdigte. Im Juni, gleich nach den Skandalen um die Sklavenarbeit und nach den Protesten in Xiamen, rief die Parteihochschule die Mitglieder auf, politische Meinungsäußerung im Internet als neue Form chinesischer sozialistischer Demokratie zu begrüßen. Und die staatliche englischsprachige *China Daily* feierte den Reporter, der den Sklavenskandal aufdeckte, als Helden und Vorbild. Ebenfalls in den letzten Monaten wurden mehrere Gesetzesentwürfe, die die Medienfreiheit einschränken sollten, wieder kassiert, darunter das Verbot, über Naturkatastrophen und soziale Unruhen ohne ausdrückliche Genehmigung der Behörden zu berichten, und den Zwang für Internetblogger, sich mit ihrem richtigen Namen zu registrieren.

DER JOURNALIST BEI FENG kommt zu dem Schluss, dass die absolute Blockade aller Informationen heute ohnehin nicht mehr aufrechtzuerhalten sei, zu schnell verbreiteten sich Informationen im Internet. Er versteht seine Berichterstattung über die Proteste in Xiamen als praktizierten Bürgerjournalismus.

Dieser Bürgerjournalismus kann auch hässliche Seiten haben. So sind Hetzkampagnen im Internet ein häufiges Phänomen. In öffentlichen Foren etwa wird jemand unmoralischen Verhaltens wegen angeprangert. Daraufhin formiert sich ein Mob von Tausenden Usern, welche die Privatadressen aufdecken und den Beschuldigten in der virtuellen und realen Welt verfolgen und belagern. Auch die nationalistischen, gegen Japan gerichteten Demonstrationen, die Anfang 2005 überall in China stattfanden, wurden per sms und Internet organisiert. Nachdem die Regierung anfangs diese „patriotischen Demonstrationen“ unterstützt haben soll, gerieten diese bald außer Kontrolle – es wurde deutlich, welches Potenzial für Aufruhr vorhanden ist.

TÄGLICH GEHEN IRGENDWO IN CHINA Menschen gegen Behördenwillkür, Umweltverschmutzung und Ungerechtigkeit auf die Straße. Gerade darum braucht China unabhängige Medien, denen die Bürger vertrauen können und die Korruption und Amtsmissbrauch aufdecken. Die Vertuschung von Problemen führt zu Spekulationen, Gerüchten und Panik. Das hat die Regierung schon während des SARS-Ausbruchs 2003 feststellen müssen, als jeder wusste, dass eine unbekannte Krankheit grassiert, die Medien das aber über Wochen leugneten.

FAZIT: Ob die Partei ihre Medienpolitik in naher Zukunft grundlegend ändern wird, scheint unwahrscheinlich. Doch die Spielräume sind größer geworden, und die Medienvertreter selbst verschieben die Grenzen des Machbaren jeden Tag ein wenig weiter. ■

ROSIGE ZUKUNFT?

Lebenswege – zwei Mädchen aus der Provinz in Beijing. VON KRISTIN KUPFER



TIAN SHUMEI HAUSMÄDCHEN, 19 JAHRE

Verlegen dreht Tian Shumei ihre Haare um die Finger. „Oft bin ich enttäuscht, dass ich nur so eine niedrige Arbeit mache“, sagt die 19-Jährige mit stockender Stimme und schaut auf den ausgetretenen Fußboden des Schlafsaals der Fuping Fortbildungsschule für Hausmädchen im Beijinger Vorort Tongzhou. Seit drei Jahren putzt, kocht und babysittet das höfliche Mädchen für reiche Beijinger Familien und ist nach der ersten Ausbildung nun für eine vierwöchige Weiterbildung an der Schule. „Ich habe eigentlich immer davon geträumt, zu studieren und in die Politik zu gehen“, seufzt Tian in blauer Kniehose und modischer grauer Weste, „ich wollte so werden wie mein Idol Mao Zedong.“

Ihre beiden Kolleginnen lächeln. Sie bezeichnen Tian als Träumerin. Dabei hat die Teenagerin mit dem kessen pinken Haarreifen hart für ihr Ziel gearbeitet. Geboren im Kreis Binxian in der nordwestlichen Provinz Shaanxi erinnert sich Tian an die eisigen Winter ihrer Grundschulzeit. „Unsere Schule, war in einer Höhle“, sagt sie, „wir hatten keine Heizung und wenig Licht.“ Trotzdem hatte sie immer sehr gute Noten und wechselte nach sechs Jah-

ren auf die Mittelschule in einem einstöckigen Betonbau. Dann hatte ihr Vater einen Autounfall und musste die Arbeit als Fahrer aufgeben. Die Mutter nahm neben ihrem Beruf als Lehrerin noch mehrere Haushelferinnen-Jobs an, um Tian und ihre Schwester zu ernähren. „Seitdem war ich in der Schule sehr unter Druck“, meint Tian.

Nachdem sie die Prüfung zur Oberschule mit einem Spitzenergebnis bestanden hat, zieht die stolze Schülerin in das rund sechzig Kilometer entfernte Schulwohnheim. Da sich ihre Familie die Gebühren von 2000 Yuan (200 Euro) pro Jahr leihen musste, geht sie nicht wie ihre Mitschüler in die Mensa, sondern isst schimmelige Dampfbrotchen. Nach drei Monaten sieht Tian jedoch, dass die Geldprobleme der Familie immer größer werden, sie will die Schule abbrechen. Von einer Kommilitonin hörte sie, dass die Beijinger Textilfabrik Hengfang Jituan 300 Arbeiterinnen aus ihrer Provinz rekrutieren will. „Meine Eltern waren strikt dagegen, dass ich weggehe“, sagt der kindliche Teenager leise, „aber ich bin in Hungerstreik getreten, dann haben mich meine Eltern ziehen lassen.“

An die Fabrikzeit erinnert sich Tian nicht gern: Hungerlohn von hundert Yuan (zehn Euro) im Monat, der immer zu spät ausbezahlt wurde, und dauernd Überstunden. So war Tian froh, als sie von der dreiwöchigen Ausbildung zum Hausmädchen erfuhr. Auf dem Unterrichtsplan stand neben Putzen und Kinderpflege auch das Bedienen von Haushaltsgeräten. „Eine Mikrowelle hatte ich bis dahin noch nie gesehen“, lacht Tian. Bei ihrer ersten Anstellung bekam sie dann immerhin 450 Yuan. Sie schickte das meiste Geld an ihre Eltern und aß selbst am Ende des Monats oft nur trockenes Brot.

Jetzt verdient sie 800 Yuan und unterstützt neben den Eltern auch noch eine Schülerin aus ihrer Heimat. „So viele Leute brauchen meine Hilfe“, seufzt Tian, „deshalb habe ich meinen Traum jetzt aufgegeben.“ Doch wann immer sie Zeit hat, liest sie, am liebsten Autobiographien und politische Werke, wichtige Sätze schreibt sich Tian in ein beiges Notizheft. Dem fünfjährigen Sohn ihres Arbeitgebers erzählt sie manchmal etwas von den Lebensbedingungen in ihrer Heimat. „Dann sage ich ihm, dass er fleißig lernen soll, denn nicht alle haben die Gelegenheit dazu“, sagt Tian. ■



Vita & Publikationen

Kristin Kupfer ist seit Mai 2007 Korrespondentin für das österreichische Nachrichtenmagazin PROFIL und freie Journalistin in Beijing. Kontakt: kristin.kupfer@rub.de



LIU MINGHUA JURASTUDENTIN IM SECHSTEN SEMESTER, 22 JAHRE

Liu Minghua lächelt, als sie die Stufen zum imposanten Unterrichtsgebäude der juristischen Fakultät an der Volksuniversität im Nordwesten Beijing hinaufsteigt. „Hätten wir uns getroffen, als ich hier vor drei Jahren angefangen habe“, meint die 22-Jährige in Jeans und rotem T-Shirt, „dann hätte ich wahrscheinlich kein Wort herausgebracht.“ Die zierliche Liu erzählt, dass sie durch das Uni-Leben und die Riesenstadt Beijing zuerst ziemlich verunsichert war. „Ich hatte noch nie Geld an einem Automaten abgehoben“, lacht Liu. Auch an die geforderte Selbstständigkeit musste sich die Jurastudentin erst gewöhnen. Von der Grund- bis zur Oberschule hatte sie immer nur nach den staatlichen Prüfungsplänen gelernt und gelebt.

Liu stammt aus einer Bauernfamilie des Kreises Tangxian der Provinz Hebei, welche die Hauptstadt Beijing umgibt. Ihre Eltern interessierten sich primär für die Zukunft des älteren Bruders. „Ich wollte ihre Aufmerksamkeit erlangen“, erinnert sich die lebhaft Studentin, „deshalb habe ich mich selbst sehr unter Druck gesetzt.“ Liu hatte ein großes Ziel: Sie wollte es an eine der Eliteuniversitäten in Beijing schaffen. Dazu musste sie ein Spitzenergebnis in der harten nationalen Hochschulaufnahmeprüfung hinlegen.

Das System bevorzugt Kinder von Städtern: Sie brauchen weniger Punkte, um einen der begehrten Studienplätze an den besten Universitäten des Landes zu ergattern. Drei Jahre unterwarf sich Liu dem Lerndrill der Oberschule: morgens um fünf Uhr aufstehen, dreißig Minuten Joggen, vierzig Minuten Selbststudium, Frühstück und dann Unterricht bis abends um zehn Uhr mit zwei Essenspausen. In der Mensa gab es keine Tische, in den Klassen-

zimmern keine Heizung und im Zehner-Schlafsaal sogar ab und zu Ratten. Und Liu wusste, dass ihre Eltern sehr hart arbeiteten, um die jährlichen Gebühren und Kosten von über 3 000 Yuan (300 Euro), ein Großteil des Jahreseinkommens, zu verdienen.

Unter den 30 000 Teilnehmern der Hochschulaufnahmeprüfung landete die ehrgeizige Schülerin schließlich auf Platz 16. Lius Ergebnis lag sieben Punkte über der geforderten Zahl für die juristische Fakultät der Volksuniversität, nach dem nationalen Ranking die zweitbeste des ganzen Landes. Kaum auf der Uni bekam Liu für ihre sehr guten Noten zwei Stipendien und nahm noch einen Studienkredit auf, damit sie den Eltern nicht mehr auf der Tasche liegen musste. Die angehende Juristin konnte sich ihren Traum vom Studium an der Spitzenuniversität erfüllen. „Aber unser Bildungssystem ist zu sehr auf Noten und Prüfungen ausgelegt“, kritisiert die nachdenkliche Studentin, „so fallen manche kreative und intelligente Schüler, die sich dem System nicht anpassen können, raus.“ Auch werde zu viel Wert auf Mathematik gelegt, die individuelle Entwicklung komme viel zu kurz.

Trotz der Semesterabschlussprüfungen, die nun bevorstehen, macht Liu als Ausgleich zum Studium ab und zu Schattenboxen und lässt sich von den Kommilitonen das Schwimmen beibringen. Nach dem B.A.-Abschluss will sie sich auf Patentrecht spezialisieren. Stolz zeigt sie auf den roten Namenszug ihrer Uni an der grauen Wand im Eingangsbereich der Fakultät. „Hier möchte ich dann noch meinen M.A. machen“, sagt die 22-Jährige optimistisch, „und vielleicht mit einem Stipendium ins Ausland gehen, die Uni hat ja sehr gute Beziehungen.“ Für den M.A. muss sie wieder eine Prüfung machen und die Studiengebühren von 20 000 Yuan (2 000 Euro) organisieren, aber es wird sich ein Weg finden, da ist Liu überzeugt. ■

Bildung in Zahlen

Stadtkinder/Bauernkinder

In der Oberschule sind Kinder aus der Stadt 3,5 mal häufiger vertreten als Bauernkinder, unter Bachelor-Studenten 281 mal und unter Magister-Studenten 323 mal häufiger.

Mädchen/Jungen

Unter den neu eingeschriebenen Studenten waren 2005 48 Prozent Mädchen.

Analphabetismus

2004 10,32 Prozent

2005 11,04 Prozent, also eine Zunahme von 0,62 Prozent

Quelle: Statistik des chinesischen Erziehungsministeriums

DAS ENDE

DER GLEICHHEIT

Zur Wiederentdeckung von Geschlechterunterschieden
und sozialer Differenzierung durch die Marktwende in China. VON CHRISTA WICHTERICH

»Wenn du heute nicht hart arbeitest, wirst du morgen hart arbeiten, um einen neuen Job zu finden.«*

Wer sich in Shanghai in einem großen Schuh- oder Bekleidungsgeschäft umschaute, versteht schnell, dass hier jede Verkäuferin, die vor einem Schuhregal steht, mit der Betreiberin des nächsten Regals konkurriert, denn diese ist bei einem anderen Schuhfabrikanten beschäftigt. Das funktioniert so: Der Geschäftseigentümer vermietet die Verkaufsräume per Quadratmeter an verschiedene Schuhhersteller oder ihre Auslieferer. Diese beschäftigen auf flexibler Basis regelweise eine Verkäuferin für „ihre“ Schuhe. Macht die Verkäuferin im Vergleich zur Konkurrentin nebenan zu wenig Umsatz, bekommt sie einen Lohnabzug.

Das Schuhgeschäft mit den flexibel beschäftigten, atomisierten Arbeiterinnen ist ein Beispiel für das neue Arbeitsregime, das im Zuge der chinesischen Marktwende entwickelt wurde. Die unter höchstem Konkurrenz- und Lohndruck arbeitenden Frauen sehen den Job pragmatisch als Chance, als Experiment, hoffen auf ein Sprungbrett zu mehr Verdienst und mehr Sicherheit.

IN DEN CHINESISCHEN STÄDTEN ist die Verkäuferin ein Prototyp für die „neue Frau“. Jede radikale gesellschaftliche Wende produziert die „neue Frau“. In China gibt es viele „neue Frauen“ und viele neue Chancen. In den Metropolen zum Beispiel auch die junge Karrierefrau, die bei ausländischen Firmen exzellente Job- und Einkommensaussichten hat. Als verhätscheltes Einzel-

kind aufgewachsen, gut ausgebildet, grenzt sie sich selbstbewusst gegen die „Zwangsgleichstellung“ und den Kollektivismus ihrer Elterngeneration ab. Zwölf Prozent der jungverheirateten Frauen in Shanghai wollen keine Kinder.

Auf dem Land ist die „neue Frau“ die Wanderarbeiterin, die als *dagongmei*, „Arbeitermädchen“, ein paar Jahre in der Exportindustrie schuftet, oder in den städtischen Mittelstandshaushalten putzt und wäscht. *Dagongmei* ist der sexualisierte, abwertende Gegenbegriff zum entsexualisierten Arbeiter – *gongren* –, der in der Mao-Ära zum Subjekt der Geschichte erklärt worden war. Zwischen diesen neuen Frauen und den Frauen im uniformen Mao-Look liegen Welten. Ein Vierteljahrhundert Reform und Öffnung hat in China neue Geschlechteridentitäten entstehen lassen.

Die Gleichstellungspolitik der Mao-Ära hatte versucht, die konfuzianische Geringbewertung des weiblichen Geschlechts zu überwinden und Frauen dabei einem umfassenden Zwangsregime unterstellt: In den Arbeitseinheiten und landwirtschaftlichen Kollektiven wurden ihnen auch „männliche“ Tätigkeiten zugewiesen, in der Kulturrevolution fand eine Entsexualisierung statt, rigoros wurde Geburtenkontrolle durchgeführt. Diese Frauen(zwangs-)befreiung von oben stellte Geschlechtergleichheit in den Dienst der kommunistischen Revolution als totaler Neuordnung der Gesellschaft.



Vita & Publikationen

Christa Wichterich arbeitet als Publizistin und Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit. Arbeitsschwerpunkte der Soziologin: Globalisierung und Gender, Frauenarbeit, internationale Frauenbewegungen.

Jüngste Veröffentlichung: „Fair and Unfair Competition. The EU-China Trade Race and its Gender Implications“, Brussels 2007.

DIE DERZEITIGE NEUORDNUNG der Gesellschaft durch die Hinwendung zu Markt und Liberalisierung kehrt Maos Parole „Was immer Genossen leisten können, können Genossinnen genauso gut leisten“ in ihr Gegenteil um. Denn beim Aufbau von Arbeitsmärkten, in der Exportproduktion und im schnell expandierenden Dienstleistungssektor spielen Geschlechterunterschiede nun eine zentrale Rolle für Produktivität, Investition und Wirtschaftswachstum. Pun Ngai, eine Soziologin, die selbst in einer Elektronikfabrik der Sonderwirtschaftszone Shenzhen arbeitete, beobachtet wie „die Weiblichkeit der Arbeiterinnen wiedererfunden und reguliert wird“, um neue Hierarchien in den Fabriken und auf den Arbeitsmärkten zu konstruieren. Geschlechtssegmentierte Sektoren sind entstanden. Obwohl Mädchen und Frauen Schulen und Universitäten oft mit besseren Noten als junge Männer verlassen, wächst das geschlechtsspezifische Einkommensgefälle. Laut UNDP-Bericht zur menschlichen Entwicklung verdienen Frauen im Durchschnitt nur 64 Prozent des Männereinkommens, überproportional viele Frauen arbeiten informell und niedrig entlohnt. Das sind Muster der Geschlechterdifferenzierung, die sich mit der Dynamik der neoliberalen Globalisierung nun auch in der chinesischen Arbeitswelt durchsetzen, über der früher der politische Anspruch der Geschlechteregalität prangte.

DIE MEISTEN INDUSTRIEARBEITERINNEN sind Migrantinnen aus armen Provinzen, fingerfertige, anpassungsfähige junge Frauen, die mit ihren Löhnen ihre Familien auf dem Land unterstützen. Statt des politischen Kontrollregimes in den kommunistischen Arbeitseinheiten unterliegen die Exportarbeiterinnen einer brutalen Leistungs- und Zeitkontrolle in den Fabriken und Wohnheimen. Aufgrund des Herkunftsrechtssystems, *hukou*, haben sie in den Städten kein Recht auf Gesundheitsversorgung, Bildung und Rente. Doch sie sind bereit, miserable Arbeitsbedingungen, unbezahlte Überstunden und Geringschätzung hinzunehmen, weil jeder Job in der Stadt für sie aufgrund der Armut auf dem Land eine Hoffnung auf sozialen Aufstieg und Konsum ist. Dabei sind sie als Billiglohnkräfte höchst nützlich für das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit Chinas.

Weil aber soziale Proteste auf dem Land wie auch in den Industrien gegen Missstände oder Korruption von Behörden bzw. Management immer häufiger und lauter sozialen Ausgleich und Fairness verlangen, hat die Regierung die Arbeitsgesetzgebung verbessert und das *hukou*-System gelockert. Die Monatslöhne der Fließbandarbeiterinnen, die seit 15 Jahren trotz gewaltig gesteigener Lebenshaltungskosten bei ca. fünfzig Euro lagen, wurden leicht erhöht.

Zudem findet derzeit eine Verlagerung der arbeitsintensiven Exportproduktion von der boomenden Küste in das wenig entwickelte Hinterland statt, während die kapital- und wissensintensive Produktion in den Metropolen und an der Küste bleibt. In den

armen Regionen konkurrieren die Parteikader und lokalen Regierungen um ausländische Investoren, denn Joint Ventures und Exportproduktion sind Vehikel für Technologieimport, neue Jobs, Steuereinnahmen und Wachstum – und private Nebenverdienste. Ein Vorteil in der Standortkonkurrenz sind die lernwilligen, gefügigen Dorfmädchen, trotz gesetzlichen Verbots oft keine 16 Jahre alt. Auf dem Land verdienen die jungen Frauen in der Textil-, Elektronik- oder Spielzeugindustrie nur halb so viel wie an der Küste, nicht einmal einen Dollar pro Tag, d.h. sie bleiben unter der un-definierten Armutsgrenze. Aller Parolen von Geschlechtergleichheit und „harmonischer Gesellschaft“ zum Trotz steuert die chinesische Führung dieser Diskriminierung von Frauen nicht aktiv entgegen.

AUCH IM ÖFFENTLICHEN BEWUSSTSEIN findet ein Pendelschlag gegen die vormalige Egalisierung von Männern und Frauen statt: Schönheits-, Hochzeits- und Sexindustrien sind entstanden, die auf der Resexualisierung von Weiblichkeit und Männlichkeit beruhen. Traditionelle Geschlechterstereotypen leben auf. Beim Zusammenbruch der Staatsunternehmen wurden überproportional viele Frauen mit „Zurück an den Herd“-Parolen entlassen. Ehefrauen neureicher Geschäftsmänner haben es „nicht nötig zu arbeiten“.

Die Institution des „Dienstmädchens“, die zur Zeit Maos als feudal verpönt war, ist in den Städten bei den neuen Mittelschichten zu einem Beschäftigungsfeld für Millionen Migrantinnen vom Land geworden. Der Allchinesische Frauenverband schulte entlassene Staatsbeschäftigte, sogar Ingenieurinnen, zu Hausangestellten mit der Parole um: „Sei eine dich selbst stärkende, eigenverantwortliche Entlassene“.

So wird Geschlecht zu einer bedeutenden Kategorie der sozialen Differenzierung auf den Arbeitsmärkten. Gleichzeitig wachsen auch die sozialen Unterschiede zwischen Frauen mit erstaunlicher Geschwindigkeit. Die Wiederentdeckung der Geschlechterunterschiede auf den „freien“ Märkten hebt die sozialistischen Ansätze zu Geschlechtergleichheit aus. ■

Heinrich-Böll-Stiftung in Beijing

In Zusammenarbeit mit Forschern und Forscherinnen einer Reihe von Instituten in ganz China gehen wir der Frage nach, wie sich die marktwirtschaftlichen Reformen auf Beschäftigung und soziale Absicherung von Frauen auswirken. Das Projekt, in das auch regierungsnahe Thinktanks eingebunden sind, wird Politikempfehlungen entwickeln, um die wirtschaftliche Situation und Gleichberechtigung von Frauen in China nachhaltig zu verbessern.

* Slogan im Umkleideraum von Verkäuferinnen großer Geschäfte

ANGST VOR DEM

Wer vertritt die Arbeiterinnen und Arbeiter? Zur Rolle der chinesischen Gewerkschaften.

VON KERSTIN LOHSE-FRIEDRICH

China ist zur Werkbank der Welt geworden. Doch kaum jemand macht sich eine Vorstellung davon, unter welchen Bedingungen Spielzeuge, Turnschuhe oder Elektronikgeräte hergestellt werden. Doch insbesondere in den Fabriken der Sonderwirtschaftszonen und in den Ballungsgebieten des Landes herrschen mitunter Zustände wie zu Zeiten des europäischen Frühkapitalismus.

Unter dem Eindruck des Skandals, dass Arbeiter in Fabriken in Shanxi und Henan wie Sklaven gehalten wurden, verabschiedete China im Juli 2007 ein neues Arbeitsgesetz. Anfang 2008 soll es in Kraft treten. Erstmals seit Einführung der Reform- und Öffnungspolitik verspricht die Regierung allen Beschäftigten gleiche Rechte. Bisher genossen nur die Städter Arbeitsrechte, während die Mehrheit der Landbevölkerung vertragslos als Tagelöhner beschäftigt werden konnte. Nun verpflichtet die Regierung die Arbeitgeber, mit jedem Arbeitnehmer einen Vertrag abzuschließen. Vor jeder Entlassung muss die staatliche Gewerkschaft konsultiert werden. Diese wiederum erhält durch das Gesetz neue Kompetenzen, so das Recht, kollektive Lohnverhandlungen zu führen. Darüber hinaus werden lokalen Behörden Strafen angedroht, wenn sie ihre Aufsichtspflicht verletzen.

Fast zwei Jahre wurde über den Gesetzentwurf diskutiert. Nicht zuletzt ausländische Unternehmen hatten ihn heftig kritisiert – er sei zu arbeitnehmerfreundlich. Es handelt sich dabei um eine Reform des Arbeitsgesetzes von 1995. Auch dieses galt damals als fortschrittlich, denn es führte nicht nur die 40-Stunden-Woche und einen Urlaubsanspruch ein, sondern auch einen umfangreichen Kündigungsschutz. Zumindest steht dies auf dem Papier – die Praxis sieht vielerorts bis heute anders aus. Besonders in den Sonderwirtschaftszonen haben sich Investoren aus Taiwan, Hongkong und dem Ausland angesiedelt, um Waren so billig wie nur irgend möglich zu produzieren. Am liebsten sind ihnen junge Arbeiterinnen und Arbeiter vom Lande, die noch nie einen Arbeitsvertrag gesehen haben.

14-STUNDEN-TAGE, Wochenendarbeit, mangelnde Arbeitssicherheit sind an der Tagesordnung. In der Bauindustrie beschäftigte Wanderarbeiter bekommen ihr Gehalt nicht selten nur einmal im Jahr ausgezahlt – kurz vor dem chinesischen Neujahrsfest. Macht der Fabrikdirektor sich vorher aus dem Staub, haben sie Pech gehabt. Die haarsträubenden Sicherheitsbedingungen führten, so chinesische Statistiken für das zurückliegende Jahr, zu knapp 700 000 Arbeitsunfällen. Westlichen Schätzungen zufolge endeten 100 000 davon tödlich.

Die Rechnung für Chinas gigantisches Wirtschaftswachstum zahlen die Arbeiter, erklärt Han Dongfang. Er ist der Gründer des *China Labour Bulletin* in Hongkong. Wanderarbeiter wären nur allzu schnell bereit, unzumutbare Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, so der 44-jährige Arbeiteraktivist. 150–200 Millionen Menschen sind in China unterwegs auf der Suche nach Arbeit.

Bis heute dürfen Chinas Arbeiter und Bauern faktisch keine unabhängige Interessenvertretung gründen. Die offiziellen Gewerkschaften unter dem Dach des Allchinesischen Gewerkschaftsbunds (ACGB) sind Parteiorganisationen. Solange die Arbeiter über kein Streikrecht verfügen, fehlt ihnen ein Druckmittel, um ihre Interessen durchzusetzen. Das Streikrecht war 1982 mit der Begründung aus der chinesischen Verfassung gestrichen worden, das politische System habe die „Probleme zwischen Proletariat und Unternehmensbesitzern aufgehoben“.

DIE SITUATION HAT SICH NICHT wesentlich geändert, seit Han Dongfang 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens für die Rechte der Arbeiter eintrat und Chinas erster unabhängiger Gewerkschaft (der Autonomen Pekinger Arbeiterunion) beitrug, die es allerdings längst nicht mehr gibt. Er bezahlte sein Engagement mit 22 Monaten Gefängnis und dem Verlust der Heimat. Seit 15 Jahren lebt Han im Hongkonger Exil, arbeitet als Direktor des *China Labour Bulletin* und moderiert bei *Radio Free Asia* eine Sendung. Auf diese Weise versucht er, in China eine unabhängige Arbeiterbewegung aufzubauen. Aus dem ganzen Land rufen ihn



Vita & Publikationen

Kerstin Lohse-Friedrich war von August 2000 bis Oktober 2005 Leiterin des ARD-Studios Shanghai mit Schwerpunkt Wirtschaftsberichterstattung. Seit November 2005 ist die Sinologin und Politikwissenschaftlerin persönliche Referentin der Intendantin vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) in Berlin.

Jüngste Veröffentlichung: „Journalismus in China – Eine schwierige Gratwanderung“, erschienen in: „Schneller, höher, stärker. China und die Olympiade 2008“, Hamburg 2007.

FLÄCHENBRAND

»Gerechtigkeit muss uns helfen, die Früchte unseres Schweißes zu erlangen«*

Arbeiter an und berichten, wie ihr Betrieb privatisiert wurde und sie von einem Tag auf den anderen ohne Job und Abfindung dastanden. In einigen Landesteilen beträgt die Arbeitslosigkeit inzwischen dreißig bis vierzig Prozent. Die eiserne Reisschüssel ist zerschlagen. Seit 1996 verloren mindestens dreißig Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz.

Heute sind es die Privatunternehmen, die maßgeblich zum Wirtschaftswachstum beitragen. Chinas Exportwirtschaft lebt von billiger Arbeitskraft. Für ein Markenprodukt, das in China hergestellt und in Europa für fünfzig Euro verkauft wird, bekommen die Firmen oft nicht mehr als 2,50 Euro. Möglich ist dies, weil internationale Bestimmungen zum Arbeitsschutz systematisch unterlaufen werden.

AUS FURCHT VOR SOZIALEN UNRUHEN sorgte Ministerpräsident Wen Jiabao 2004 erstmals persönlich dafür, dass Wanderarbeitern vorenthaltene Löhne ausbezahlt wurden. Im Jahr darauf übernahm bereits der Allchinesische Gewerkschaftsbund diese Aufgabe und setzte sich für die Belange der Arbeiter ein: „Gerechtigkeit muss uns helfen, die Früchte unseres Schweißes zu erlangen“, stand auf den Plakaten einer Protestaktion von Wanderarbeitern in Beijing, die Chinas Einheitsgewerkschaft organisiert hatte.

Als Transmissionsriemen der KPCh, die jeden freien Gewerkschafter zum Staatsfeind erklärt, war der ACGB zu Beginn der Reform- und Öffnungspolitik bedeutungslos geworden. Die Arbeiter liefen in Scharen davon. Der ACGB schrumpfte bis 1997 auf einen Tiefstand von 91 Millionen Mitglieder und war nur noch mit 500 000 Basisorganisationen vertreten. Seitdem versucht der Verband, neue Mitglieder zu werben – vor allem in der Privatindustrie – und seine Agenda zu erweitern. Juli 2007 verzeichnet der ACGB auf seiner Webseite 134 Millionen Mitglieder und 1,7 Millionen Basisorganisationen. Von offizieller Seite heißt es heute, die Gewerkschaften sollten der Verteidigung von Arbeitnehmerrechten, einer angemessenen Einkommensverteilung, den sozialen Sicherungssystemen und der Sicherheit am Arbeitsplatz Priorität einräumen.

IN FOLGE DER PROTESTE der vergangenen Jahre wurden die Kompetenzen der Gewerkschaften erweitert. Der ACGB übernimmt eine wachsende Rolle bei der Entwicklung der Arbeitsgesetzgebung und macht sich auf Geheiß der KPCh zum Anwalt der Wanderarbeiter. Bei der Lohnfindung hat China das System der gleichberechtigten Tarifverhandlungen z.T. nach deutschem Vorbild übernommen. Ihr besonderes Augenmerk liegt auf den sozial Schwachen, allen voran den Arbeitslosen. Sie assistiert der offiziellen Sozialpolitik, indem sie Existenzgründungsseminare und Ausbildungsmaßnahmen organisiert.

Und der ACGB wagte sogar die Kraftprobe mit den Multis. So kämpfte der Verband für die Zulassung der Gewerkschaft in Konzernen wie Wal-Mart, McDonalds oder Dell. Inzwischen lässt der US-Handelsriese Wal-Mart in seinen chinesischen Filialen Gewerkschaftszellen zu. Die Volksrepublik ist somit das einzige Land, in dem sich Wal-Mart-Angestellte gewerkschaftlich zusammenschließen können.

EINES ABER BLEIBT TABU: Aus Angst vor einem Flächenbrand hat die Regierung die Behörden landesweit angewiesen, jeden Versuch zur Bildung freier Gewerkschaften zu unterdrücken. Seit Polens „Solidarnosc“ versteht die KP die Selbstorganisation der Arbeiter als Umsturzversuch. In internen Analysen gilt sie als eine der größten innenpolitischen Gefahren für die Stabilität.

Der ACGB ist bislang keine Arbeitervertretung im eigentlichen Sinn, sondern primär ein Instrument der Kontrolle der Partei. Der im Exil lebende Arbeiteraktivist Han Dongfang versucht in seinen Radiosendungen, die im ganzen Land gehört werden, aufzuzeigen, wie Arbeiter und Bauern auf legale Weise Widerstand leisten und ihre Rechte geltend machen können. Sollte das neue Arbeitsgesetz nicht einhalten, was es im Zeichen der neuen Sozialpolitik der KPCh verspricht, so bleibt das System der Arbeitsbeziehungen einer der größten Konfliktherde Chinas. ■

* Parole einer von Chinas Einheitsgewerkschaft organisierten Protestaktion von Wanderarbeitern in Beijing

»Jedes Körnchen Reis entspringt beschwerlicher Arbeit.«*

Die Landbevölkerung muss den Preis für Chinas wirtschaftlichen Erfolg bezahlen. Und sie begehrt auf.

VON ANJA D. SENZ

UNMUT

DER

Die Wirtschaftsmeldungen über China vermitteln ein Bild der Superlative. Der Transrapid und die Shanghaier Skyline, die Olympiade und die chinesischen Weltraumpläne sind Symbole für wirtschaftlichen Erfolg und Indiz für das wachsende politische Gewicht in der Welt. Die Erfolgsstory muss allerdings bezahlt werden – zum großen Teil von den Bauern. Die Journalisten Wu Chun-tao und Chen Guidi berichteten im Jahr 2004 in einer vielbeachteten Reportage ausführlich über die Lebenswirklichkeit der chinesischen Bauern. „Wir haben unvorstellbare Dinge gesehen (...)“ schreiben sie, „(...) Armut, Verbrechen, Elend, Resignation, Widerstand, Schweigen und Tragödien (...)“. Das Ausmaß der von ihnen beschriebenen Gewalt, Ausbeutung und Kadertyrannie sowie der meist hoffungslose Widerstand der einfachen Menschen verweist auf den sozialen Sprengstoff im ländlichen China.

DIE SCHERE ZWISCHEN ARM UND REICH hat sich in den vergangenen Jahren so rasch und so weit geöffnet, wie dies bisher weltweit nur selten beobachtet werden konnte. Seit 2005 zählen die Einkommensunterschiede in China zu den höchsten der Welt. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung haben sich zwar auch die Einkommen vieler Landbewohner erhöht, doch einem durchschnittlichen ländlichen Haushalt stehen pro Jahr 320 Euro zur Verfügung, in den Städten sind es 1.050 Euro. Nach Schätzung der Weltbank liegt die Zahl der absolut Armen, die von weniger als einem us-Dollar am Tag leben, derzeit bei rund 200 Millionen Chinesen.

Waren viele Bauern nach 1978 aufgrund der Rückkehr zur Familienbewirtschaftung zunächst Gewinner der Reformpolitik, müssen sie inzwischen als Verlierer gesehen werden. Die Erträge aus landwirtschaftlicher Tätigkeit sind aufgrund der Zersplitterung der Anbauflächen, der schlechten Organisation der Vertriebswege, dem Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte und deren schwacher internationaler Wettbewerbsfähigkeit sehr gering. Mit

Infrastruktureinrichtungen und öffentlichen Dienstleistungen ist die Landbevölkerung sehr viel schlechter versorgt als die Stadtbewohner. Die Mehrheit der rund 770 Millionen Landbewohner hat keinen ausreichenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. So liegt denn auch die Lebenserwartung auf dem Land um sechs Jahre niedriger als in den Städten.

Viele Bauern wandern ab und verdingen sich in den Städten. Mehr als 150 Millionen Männer und Frauen gehören zur Gruppe der Wanderarbeiter. Zurück bleiben Alte und Schwache sowie Mütter und Kinder, die auf Geldtransfer von der abgewanderten Verwandtschaft hoffen. Die Existenzsorgen auf dem Land basieren jedoch nicht nur auf den ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen. Hinzu kommen die Defizite des politischen Systems, die sich in willkürlich erhobenen Abgaben und Gebühren und der fast alltäglichen Korruption und Kaderwillkür zeigen. Einen legalen und effektiven Beschwerdeweg dagegen gibt es im Grunde nicht.

Ein weiterer Faktor ist die Existenz bedrohende Umweltverschmutzung. In manchen Dörfern, etwa in der Provinz Shaanxi, liegt die Rate der Menschen, die wegen Schwermetallvergiftungen an Krebs sterben, um ein Drittel höher als im Provinzdurchschnitt. Böden sind vielerorts so verseucht, dass ihre Erträge kaum mehr verkäuflich sind.

ZU NENNEN SIND AUCH DIE KONFLIKTE um die Bodennutzungsrechte. Diese Rechte werden den Bauern vielerorts entzogen und an Investoren verkauft, wobei lokale Kader nicht selten persönlich von den Geschäften profitieren. Vierzig Millionen Bauern sollen in den letzten zehn Jahren ihr Land verloren haben. Wenn sie gegen den Verlust ihrer Existenzgrundlage oder zu geringe Ausgleichszahlungen protestieren, werden sie mit Schlägertrupps vertrieben.

China ist heute gekennzeichnet von Macht-, Interessens- und Verteilungskonflikten, die gerade an der lokalen Basis oft gewalttätig zutage treten. Die Anzahl lokaler Aufstände und Proteste hat sich nach offiziellen Angaben von 8700 im Jahr 1993 auf 87000 im Jahr 2005 verzehnfacht. Bei rund zehn größeren Zwischenfällen pro Tag und vier Millionen Beteiligten jährlich handelt es sich



Vita & Publikationen

Anja D. Senz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ostasienwissenschaften/Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen. Studium an der Sun-Yatsen Universität in Guangzhou, Feldforschung in mehreren chinesischen Provinzen. Arbeitsschwerpunkte: lokale Politikforschung, Institutionenwandel, Korruption und ethnische Minderheiten.

Veröffentlichung zum Thema: (Zusammen mit Thomas Heberer) „Regionalexpertise – Destabilisierung und Konfliktpotenzial prognostizierter Umweltveränderungen in China bis 2020/2050“. Externe Expertise für das WBGU-Hauptgutachten „Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel“, Duisburg/Berlin 2007, www.wbgi.de

WÄCHST

um ein Phänomen, das sich leicht zu einer politischen Krise ausweiten kann.

Über die Hälfte aller Protestaktionen gehen von Bauern aus. Das Spektrum der Protestformen reicht dabei von friedlichen Beschwerden über Versammlungen, Blockaden, Protestmärschen bis hin zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Als Waffen dienen zu meist einfache Werkzeuge und Dinge des alltäglichen Gebrauchs. In einem Fall wurden Kader von Dorfbewohnern mit ungelöschtem Kalk attackiert, der in Verbindung mit Wasser schwer ätzend wirkt. In den letzten Jahren ist nicht nur die absolute Anzahl der Unruhen gestiegen, sondern auch die Zahl der Beteiligten, ihr Organisationsgrad. Auf dem Land bilden sich z.B. kleine Organisationsteams von zwei bis drei Personen, die sich als Sprecher des Protests verstehen. Manchmal übernehmen dies gezielt ältere Menschen, um die Jüngeren vor Sanktionen zu schützen. Auch das Ausmaß der Gewalt und damit die Anzahl der Verletzten und Toten hat zugenommen. So hielten Bauern in einem südchinesischen Dorf mehrere Tage lang acht Kader als Geiseln fest, nachdem zuvor drei Bauern bei der Auflösung einer Demonstration mit 10 000 Menschen getötet worden waren.

DAS MINISTERIUM FÜR ÖFFENTLICHE SICHERHEIT registriert die steigende Zahl dieser Vorfälle und erforscht die Hintergründe: Ihren Angaben nach richtet sich die Mehrheit der Proteste gegen lokale Missstände, etwa fünfzig Prozent der Unruhen basieren dabei auf Konflikten um Landnutzungsfragen, zwanzig Prozent richten sich gegen Umweltverschmutzung und rund dreißig Prozent gegen Korruption und Willkür. Auch Unmenschlichkeit und Gier sind Auslöser. So starb ein Junge in einem Krankenhaus in Westchina an einer Vergiftung, nachdem sein Großvater die vom Krankenhaus geforderte Vorauszahlung nicht leisten konnte. 2 000 Menschen machten danach im Krankenhaus ihrer Wut Luft.

Bislang bleiben die Proteste lokal begrenzt. Sicherheitskräfte schreiten immer dann besonders heftig ein, wenn Anzeichen einer Ausweitung gegeben sind. Ein gestaffeltes, landesweites Berichtssystem soll sicherstellen, dass die Zentralregierung über lokale Unruhen rechtzeitig informiert wird.

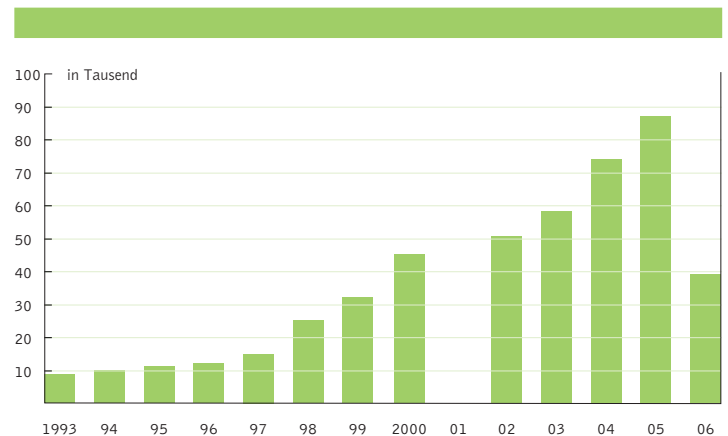
Die ländliche Entwicklung Chinas, die unter dem Begriff die „drei ländlichen Probleme“ – das Problem der Bauern, der Dörfer und der Landwirtschaft – diskutiert wird, birgt Herausforderungen, deren Lösungen für die Zukunft des Landes und seiner po-

** Letzte Zeile eines sehr berühmten Gedichts von Li Shen (Tang-Zeit), in dem das schwierige Leben der Bauern geschildert wird. Das Gedicht trägt den Titel „Mitleid für die Bauern empfinden“.*

litischen Führung von Bedeutung sind. Die große Mehrheit der Chinesen lebt auf dem Land – und im Rückblick gingen politische Veränderungen oftmals vom Land aus.

DIE POLITIK DER ZENTRALREGIERUNG will seit kurzem den landwirtschaftlichen Sektor stärker unterstützen. Durch eine Steuer- und Gebührenreform sollen die finanziellen Belastungen der Bauern gemildert, durch landesweit eingeführte Direktwahlen der Dorfführungen die Rechenschaftspflichtigkeit der lokalen Kader und die Transparenz in der Verwaltung erhöht werden. Ein System zur Sicherung des Existenzminimums in den ländlichen Regionen ist in Planung.

MIT DEM KONZEPT der „harmonischen Gesellschaft“ will die Regierung zeigen, dass sie sich bemüht, über sozialpolitische Maßnahmen die Ungleichheit der wirtschaftlichen Entwicklung auszugleichen. Der Erfolg dieser Ansätze ist ungewiss, zu viele Probleme gibt es bei der Umsetzung von zentralstaatlichen Gesetzen und Reforminitiativen auf den nachgeordneten Ebenen. Die Entwicklung Chinas wird davon abhängen, inwieweit es der politischen Führung gelingt, die Ressourcenverteilung moderat zu steuern und damit das gesellschaftliche Krisenpotenzial in den Griff zu bekommen. Um langfristig Stabilität zu gewährleisten, müssen außerdem die Konflikte durch den allmählichen Umbau des politischen Systems reduziert werden. Dabei geht es nicht um eine Demokratisierung, sondern um mehr soziale Gerechtigkeit durch eine Sozialversicherung für alle Chinesen, um mehr staatliche Verlässlichkeit anstelle von Willkür sowie den Schutz von Grundrechten durch rechtsstaatliche Prinzipien – und es geht um sanktionsfreie Artikulations- und Beschwerdemöglichkeiten. ■



Die Angaben für 2006 beziehen sich auf das erste Halbjahr.

Für 2001 liegen keine Angaben vor.

Quelle: 1993–2005: Schucher, Günter, China aktuell 5/2006, S.51.; 2006: Ministry of Public Security, PRChina.

Im Rahmen unserer Forschungsprojekte zu den Auswirkungen der marktwirtschaftlichen Reformen auf die chinesischen Frauen, untersuchen wir die besondere Situation von Frauen in den ländlichen Regionen, vor allem den Zugang zu Gesundheit und Erziehung für Mädchen und Frauen.

»EIN GEFÄLLTER BAUM SPENDET

Diese Einsicht beginnt sich durchzusetzen. »Und wer soll unsere Umweltprobleme lösen, wenn nicht wir?« Der »Vater der chinesischen Naturschutzbewegung«, wie der 75-jährige Liang Congjie genannt wird, hatte 1994 auf diese Frage mit der Gründung von Chinas erster NRO für Naturschutz reagiert. Der Jurist Wang Canfa beantwortet sie heute, indem er sich für die Entwicklung einer Umweltgesetzgebung engagiert. Und die Journalistin und Ökoaktivistin Wang Yongchen, indem sie den »Salon der grünen Reporter« ins Leben rief, dessen Mitglieder seit sieben Jahren über Umweltverschmutzung und -katastrophen informieren. Porträts von zwei Repräsentanten der jüngeren chinesischen Ökoszene.

VON ZHAO LING

WANG CANFA DER FREUND DER ARMEN BAUERN

Dieser Mann ist von kleiner Statur, dennoch wird von ihm oft als „Der Große“ geredet. Wang Canfa ist Chinas renommierter Professor im Bereich Umweltrecht, und er war landesweit der erste. Was ihn aber inzwischen international bekannt gemacht hat, ist die Organisation, die er ins Leben rief: CLAPV, das Zentrum für Rechtsbeistand für die Opfer von Umweltzerstörung.

Die Idee, den Opfern von Umweltverschmutzung kostenlosen Rechtsbeistand zu bieten, entstand 1997. Einige Betriebe in der Provinz Jiangsu hatten weit mehr als die erlaubte Menge an Giftstoffen ins Wasser geleitet. Die Folge: Tausende von Enten, welche die Bauern in der Nähe gehalten hatten, verendeten, und die armen Dörfler hatten nicht die finanziellen Mittel, sich gegen die Fabrikanten zu wehren. So beschloss Wang Canfa, sie vor Gericht zu vertreten. Letzten Endes wurde den Geschädigten 400 000 RMB (rund 40 000 Euro) Schadenersatz zugesprochen. Ein ermutigender Sieg.

Dem Juristen war klar, dass das rasante Wirtschaftswachstum steigende Umweltbelastung nach sich ziehen und dass diese hauptsächlich die armen Bauern treffen würde. Wang ist ein reservierter aber hartnäckiger Mensch. Er helfe, erklärt er, weil er wisse, was Armut sei, schließlich sei er in einer Bauernfamilie als eines von fünf Kindern aufgewachsen. 1998 nahm CLAPV die Arbeit auf. Schon am ersten Tag gingen über die Telefonhotline fünfzig Hilferufe ein. „Da wusste ich, dass ich das Richtige getan hatte“, sagt Wang. Beinahe 9 000 Menschen hat das Zentrum seitdem Rechtsbeistand geleistet.

Inzwischen kann der 50-Jährige auf achtzig gewonnene Prozesse zurückblicken, doch für jeden Sieg gab es eine Niederlage. Oft setzten auch die örtlichen Funktionäre, die mit den Fabrikbe-

sitzern kooperierten und einen Teil des Gewinns reklamierten, die Gerichte unter Druck. „Wenn uns ein Hilferuf erreicht, schicken wir als erstes Rechtsanwälte und Reporter“, sagt er. Öffentlichkeit ist von großer Bedeutung.

Seit 2001 wurden bei CLAPV rund 300 Rechtsanwälte und 170 Richter weitergebildet, eine neue Generation von Umweltjuristen, die in China dringend gebraucht werden, geht aus dieser Organisation hervor. Und sie sind international vernetzt, denn Wang ist Partner von E-LAW, einem internationalen Netzwerk von und für Umweltsanwälte, das Informationen, Wissen und Können vermittelt und zusammenführt.

Doch Wang stellte weitergehende Überlegungen an: Die Opfer der Umweltverschmutzung befinden sich strukturell in einer schwachen Position, worauf müssten sie also bauen, um durchsetzungsfähiger zu werden? „Auf das System“, lautet Wangs Antwort. Der Professor wirkt mit viel Engagement bei der Entwicklung einer chinesischen Umweltgesetzgebung mit, denn „nur wenn man sich auf das Recht stützen kann, wird sich der jetzige Zustand langsam bessern“.

Noch immer gibt es Gegenwind: Drohungen von Umweltsündern, Obstruktion durch Lokalregierungen, Geldmangel. Doch Wang hat schon viel erreicht. Mit seiner Arbeit hat er zur Entstehung eines Rechtsbewusstseins der Bürger beigetragen und auf Regierungsebene das Verständnis dafür gestärkt, dass Umweltgesetze nicht nur erlassen sondern deren Vollzug auch sichergestellt werden muss. ■

Weitere Informationen:

http://www.clapv.org/new/cate_en.php?catename=MR



Vita & Publikationen

Zhao Ling verfolgt als führender Journalist der Zeitschrift *Wochenende des Südens* (*Southern Weekend*) die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft. Er schreibt vorwiegend über die Veränderung des Rechtssystems, über Erziehung und die NRO und verfasst Porträts chinesischer Persönlichkeiten. 2005/06 war er Austauschjournalist an der University of Berkeley/Kalifornien.

KEINEN SCHATTEN.«



Wang Canfa

Wang Yongchen

WANG YONGCHEN, KÄMPFERIN AUS LEIDENSCHAFT

Wang Yongchen hat den Ruf, Chinas „fanatischste Umweltschützerin“ zu sein. Sie ist unermüdlich unterwegs, streitet sich und schreit sich auch mal heiser. Jetzt plant sie, eine Gruppe von Kindern in das Naturschutzreservoir Sanjiangyuan auf das Löss-Plateau Qingcang zu führen. Dort entspringen die drei großen Flüsse Chinas: der Yangtse, der Gelbe Fluss und der Lancang Fluss. Wang möchte diese Reise unternehmen, um Kinder mit den Flüssen vertraut zu machen und ihnen den Sinn von Naturschutz nahe zu bringen.

Auf dem Qingcang-Plateau sah sie zum ersten Mal, wie ein wilder Yak erschossen wurde. Das hat sie erschüttert. „In jenem Augenblick entschied ich mich dafür, mein Leben dem Naturschutz zu widmen.“ Damals war sie eine ganz normale Reporterin beim chinesischen Rundfunk. Seit sie 1998 die Umweltorganisation Green Earth gegründet hat, initiierte sie unzählige Aktivitäten: von der Vogelbeobachtung zur Patenschaft für Bäume, von Baumpflanzungen in der Wüste bis zum Schutz des vom Aussterben bedrohten Weißen Delphins im Yangtse. Sie führte eine „grüne Vortragsreihe“ durch und setzt sich für Umwelterziehung ein.

Die 53-Jährige ist landesweit bekannt, und diese Bekanntheit kam ihr bei der Gründung des „Salons der grünen Reporter“ zugute. Dieser Zusammenschluss besteht seit nun sieben Jahren und hat Ableger in 15 Städten. Viele ökologische Zwischenfälle erreichten die öffentliche Aufmerksamkeit nur durch die Berichterstattung dieser Journalistenvereinigung.

Besonders weitsichtig erwies sich Wang Yongchen mit ihrem Widerstand gegen den Bau von Staudämmen am Dujiang und am Nujiang. Sie organisierte eine beispiellose Kampagne gegen die Pläne der Regierung, 13 Staudämme am Nu-Fluss zu bauen. Der 1750 Meilen lange Nujiang im Südwesten Chinas ist einer der

letzten unberührten asiatischen Wasserwege und bietet Lebensraum für 22 ethnische Minderheiten, 7000 Pflanzenarten und für mehr als die Hälfte aller Tierarten Chinas. Die Kampagne brachte Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftler, Funktionäre und die Öffentlichkeit zusammen und ließ den Ruf nach einer ökonomischen Entwicklung laut werden, die sowohl die Umwelt und als auch die lokale Bevölkerung schont. Als ihr die Nachricht des Ministerpräsidenten über die Vertagung des Projekts zugetragen wurde, brach sie am Ufer des Nujiang in Freudentränen aus.

Das Lager ihrer Gegner wird immer größer, seien es politische Entscheidungsträger in der Regierung, lokale Beamte entlang der Flüsse, auch Wissenschaftler. Letztere werfen ihr vor, dass sie keine Ahnung von Wissenschaft hätte, sondern nur Tränen vergießen könne. Lokale Beamte, die den Bau des Staudamms unterstützen, kritisieren, dass sie die armen Bauern entlang des Flusses um die Chance auf ein besseres Leben bringe. Damit konfrontiert fällt ihre Antwort immer sehr einfach aus: „Ich schütze die Natur, ich habe ein reines Gewissen.“

Ihre Gegner sind zahlreich, noch zahlreicher sind ihre Weggefährten. 2005 wurde ein offener Brief an die nationale Umweltbehörde bekannt, den 56 Umweltorganisationen gemeinsam unterschrieben hatten. Darin signalisierten diese ihre Unterstützung für eine Regierungsmaßnahme: Die Behörde hatte veranlasst, insgesamt dreißig Firmen, die bei ihrer Inbetriebnahme gegen Umweltvorschriften verstoßen hatten, zu schließen. Dass in der gut 15-jährigen Existenz der chinesischen NRO diese allmählich von der Konkurrenz zur Kooperation übergehen, entlockt Wang Yongchen einen tiefen Seufzer der Erleichterung. Denn nun werden bei jeder größeren Umweltkatastrophe mehrere Organisationen ihre Finger im Spiel haben. ■



EIN PARADIGMENWECHSEL BAHNT SICH AN

Die Umweltbehörde SEPA nimmt Fahrt auf. VON EVA STERNFELD UND TANJA PLÖTZ

»Auf das Gras schlagen,
um die Schlangen aufzuscheuchen.«

„Das Wirtschaftswunder ist bald zu Ende, denn die Umwelt hält nicht mehr mit: Auf einem Drittel des chinesischen Territoriums geht saurer Regen nieder, ein Viertel der Bürger hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Ein Drittel der Städter muss stark verdreckte Luft einatmen, weniger als zwanzig Prozent des städtischen Mülls wird umweltverträglich entsorgt (...)“ Für einen Regierungsvertreter ungewohnt dramatisch beschrieb Pan Yue, stellvertretender Direktor der Umweltbehörde SEPA, in einem Spiegel-Interview vom Oktober 2005 den Zustand der Umwelt. Pan, gelernter Journalist und seit 2003 für die Außendarstellung der SEPA zuständig, bemüht sich mit Billigung der Regierung, seiner Behörde mehr Gehör zu verschaffen.

IM INTERNATIONALEN VERGLEICH schneidet China schlecht ab. In dem Environmental Sustainability Index Report der Yale Universität von 2005 rangiert China unter 146 untersuchten Ländern auf Platz 133; Die soziale und institutionelle Leistungsfähigkeit und die Beteiligung an globalen Initiativen etwa zum Klimaschutz sei mangelhaft. Auch der „Environmental Performance Index Report“ von 2006 sieht China nur auf Rang 94 von 133 untersuchten Staaten. Dabei geht es vor allem um Kriterien, die für die UN-Millenniumsziele bis 2015 von Bedeutung sind. Besonders bei Luft- und Wasserqualität schnitt China schlecht ab.

Dabei kann das Land auf eine lange Geschichte institutionalisierter Umweltpolitik zurückblicken. Bereits ein Jahr nach seiner Teilnahme an der ersten UN-Umweltkonferenz in Stockholm 1972 wurde eine Führungsgruppe für Umweltschutz beim Staatsrat eingerichtet. Dem ersten Rahmengesetz für Umweltschutz von 1979 folgten seit den 80er-Jahren zahlreiche Einzelgesetze und Verordnungen. Ihre Zielbestimmungen können sich mit der westlichen Gesetzgebung messen. Dennoch führte der Umweltschutz neben der auf rasche Industrialisierung fixierten Wirtschaftspolitik ein Schattendasein. Erst in jüngerer Zeit scheint sich ein Paradigmenwechsel anzubahnen.

Trotz einer Fülle von Aufgaben hat die Behörde nur eine dünne Personaldecke. Rund 220 Beamte sind in der Zentrale beschäftigt, in den Umweltämtern auf Provinz- und Kreisebene sind es insgesamt etwa 200 000. Viele Beamte sind für ihre anspruchsvollen Aufgaben nicht ausreichend qualifiziert. Und da sich lokale Umweltämter auch über Einnahmen aus den Emissionsabgaben finanzieren, sind dem Interesse, Verschmutzungsquellen zu beseitigen, Grenzen gesetzt.

China investiert im Umweltbereich 1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – für ein Entwicklungsland ein beachtliches Niveau. Doch in einem von Pan Yue 2006 vorgestellten Bericht zum „Grünen BIP“ werden die Umweltkosten auf mindestens 51 Milliarden Euro (bzw. drei Prozent des BIP) geschätzt. Diese Berechnungen sind noch moderat: Schätzungen der Weltbank zufolge könnten die Kosten der Umwelterstörung mit zehn bis zwölf Prozent dem Wirtschaftswachstum entsprechen.

MIT SPEKTAKULÄREN AKTIONEN verschafft Pan Yue seit einiger Zeit seiner Behörde Aufmerksamkeit. Nicht selten gerät er dabei mit anderen Ministerien und den lokalen Umweltbehörden aneinander. Im Januar 2005 weckte der Medienprofi internationales Aufsehen durch die Nachricht, die SEPA habe dreißig größere Bauvorhaben, darunter mehrere Energieprojekte, einstellen lassen, da die gesetzlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nicht vorliege. Mit diesem Paukenschlag versuchte die SEPA, dem bereits 2003 in Kraft getretenen, jedoch kaum wahrgenommenen UVP-Gesetz Nachdruck zu verleihen. Chinesische Umwelt-NRO applaudierten, andere Behörden waren angesichts der wirtschaftlichen Verluste weniger begeistert. Wenig später nahmen die meisten Projekte den Betrieb wieder auf.

Das UVP-Gesetz ist für die Umweltbewegung von großer Bedeutung. Erstmals sieht ein Gesetz in China eine Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit vor. 2005 machte Pan Yue die umstrittene Plastikauskleidung eines Sees im Beijinger Yuanmingyuan-Park zum Präzedenzfall für die vorgeschriebene Anhörung. Nachdem die Medien den Fall im März öffentlich gemacht hatten, verfügte die SEPA die Einstellung der Bauarbeiten, da keine UVP vorgelegen habe. Am 13. April lud Pan Yue 120 Vertreter von NRO, Medien, der Parkverwaltung und mehreren Behörden zu einer UVP-Anhörung in das Gebäude der SEPA ein. Sie wurde live im Internet übertragen und fand in den Printmedien große Resonanz.

2005 hatte für die SEPA hoffnungsvoll begonnen. Weltweit war Vizeminister Pan Yue bekannt geworden. Das Yuanmingyuan-Hearing ließ auf mehr Bürgerbeteiligung und Informationsfrei-

Fotos: privat



Vita & Publikationen

Die Sinologinnen **Eva Sternfeld** und **Tanja Plötz** wurden im Rahmen der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit als integrierte Fachkräfte an das China Environment and Sustainable Development Reference and Research Center (CESDRRC – www.chinaeol.net/cesdrcc) vermittelt. Das CESDRRC ist der SEPA unterstellt. Dort sind sie seit 2000 bzw. 2002 für wissenschaftlichen Austausch und Informationsmanagement zuständig.

Ausgewählte Veröffentlichung: Eva Sternfeld: „Umweltsituation und Umweltpolitik in China“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 49/2006.



heit hoffen. Das Jahr war jedoch nicht zu Ende, da musste Pan Yues Vorgesetzter, SEPA-Direktor Xie Zhenhua, zurücktreten. Er hatte die Verantwortung für einen der schlimmsten publik gewordenen Umweltskandale übernommen. Lokale Umweltbehörden hatten nach der Explosion einer Chemiefabrik in der nordostchinesischen Provinz Jilin zehn Tage lang verschwiegen, dass dabei hundert Tonnen krebserregendes Benzol in den Songhua-Fluß geflossen waren. Wochenlang war die Trinkwasserversorgung in Nordostchina inklusive der Vier-Millionen-Stadt Harbin und im angrenzenden Sibirien beeinträchtigt.

Das Chemieunglück war für die SEPA ein Desaster. Die explodierte Fabrik war eine nagelneue Anlage, die bereits unter die Vorgaben des neuen UVP-Gesetzes fiel und wenige Monate zuvor noch von der Umweltbehörde als vorbildliche Anlage ausgezeichnet worden war. Eine Nachrichtensperre hielt tagelang das Ausmaß der Katastrophe im Dunkeln und die Umweltbewegung musste sich fragen, ob größere Transparenz nur bei kleineren Anlässen, wie der Plastikverkleidung des Sees im Yuanmingyuan-Park zu erwarten sei.

Doch der Fall trug zu einer Sensibilisierung in Regierungskreisen bei. Seit dem Songhua-Unglück veröffentlicht die SEPA wöchentlich Daten zur Qualität der größten chinesischen Gewässer auf ihrer Website www.zhb.gov.cn. Die Daten sind eindeutig: Fast zwei Drittel der untersuchten Gewässer sind hochgradig belastet. Um das Wissen zu verbreiten sucht die Behörde auch die Unter-

stützung der Umweltbewegung. Das von dem Umweltjournalisten Ma Jun gegründete Institute for Public and Environmental Affairs nutzt für den dort einsehbaren Wasserverschmutzungsatlas www.ipe.org.cn offizielle SEPA-Daten. Dort sind mehr als 5000 Industriebetriebe, deren Abwässer die gesetzlichen Grenzwerte überschreiten, lokalisiert und namentlich aufgeführt.

Fast alle drei Tage kommt es laut Pan Yue irgendwo in China zu fahrlässiger Gewässerverschmutzung mit erheblichen Folgen. So im Juni 2007, als die Wasserwerke der Zwei-Millionen-Stadt Wuxi die Versorgung einstellen mussten. Der Taihu-See, aus dem die Stadt ihr Trinkwasser bezieht, der zugleich auch als Kloake für die ungeklärten Abwässer von unzähligen Fabriken und landwirtschaftlichen Betrieben dient, war durch eine Algenplage zur stinkenden Brühe geworden.

Um auf die dramatische Lage aufmerksam zu machen, hat die SEPA in den vergangenen Jahren mit Nachdruck das Projekt „Grünes BIP“ verfolgt. Nach großem Widerstand aus der Statistikbehörde im Frühjahr 2007 wurde dieses Vorhaben vorerst auf Eis gelegt. Waren die Ergebnisse zu ernüchternd ausgefallen, vom chinesischen Wirtschaftswunder kaum etwas übrig geblieben? Doch die Regierung kann über Umweltprobleme und Ressourcenmangel nicht mehr hinwegsehen. Gerüchten zufolge könnte eine für Herbst 2007 geplante Regierungsumbildung der SEPA endlich mehr Einfluss bringen: Die Behörde soll nach der Zusammenlegung mit der staatlichen Forstbehörde den Rang eines Ministeriums erhalten. ■

Heinrich-Böll-Stiftung in Beijing

In der Industriestadt Wuxi an Chinas Ostküste unterstützen wir die Stadtregierung bei der umfassenden Inventarisierung und Verbesserung der Energieeffizienz im öffentlichen und privaten Sektor. Darüber hinaus führen wir eine Reihe von Projekten zu globalen Umweltfragen wie Klimaschutz und den Umweltaspekten von Handel und Investitionen unter Einbeziehung der Umweltbehörde durch.

»CHINA MUSS EINEN NEUEN WEG DER INDUSTRIALISIERUNG BESCHREITEN«

Der Klimawandel bedroht die nationale Sicherheit, das wird auch von der KPCh längst nicht mehr in Frage gestellt. GESPRÄCH MIT YANG FUQIANG, VIZEPRÄSIDENT DER NRO »ENERGY FOUNDATION«, ÜBER MÖGLICHE LÖSUNGEN

Chinas Energiepolitik steht derzeit weltweit im Scheinwerferlicht – ob es um Energiekäufe bei sogenannten Problemstaaten geht oder um das Ausmaß der Emissionen. Welchen Stellenwert hat das Energiesparen?

YANG FUQIANG: Das Thema Energie hat schon lange hohe Priorität. China hat nur wenige eigene Ressourcen. Wenn man die Rohstoffvorräte des Landes auf die Bevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen umrechnet, dann besitzt China im Vergleich zum Weltdurchschnitt nur die Hälfte an Kohlevorkommen, ein Zehntel an Ölvorkommen und nur ein Zwanzigstel an Gasvorkommen. Natürlich ist Energiesicherheit in dieser Situation ein politischer Schwerpunkt. China muss eine ressourcenschonende Gesellschaft werden.

Doch auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm lehnte Beijing erneut feste Ziele zur Emissionsreduktion ab.

FUQIANG: China wird demnächst der größte Emittent von Kohlendioxid sein – ab 2008, spätestens ab 2010. Die Internationale Energiebehörde meint sogar, dass China die USA noch dieses Jahr als größten Emittenten ablösen wird. Beijing ist nicht grundsätzlich gegen Emissionsbegrenzungen. Die Regierung lehnt nur feste Ziele für die einzelnen Länder ab. Vor allem, wenn es um 2010 geht. Vielleicht wird die Volksrepublik festen Zielen für 2020 zustimmen. Und für 2050 wird sie diese sogar hinnehmen müssen. Bis dahin wird China möglicherweise nicht mehr den Status eines Entwicklungslandes genießen, auf den man sich derzeit beruft. Dann wird die Volksrepublik etwas beitragen müssen. Die Regierung weiß, dass der Klimawandel ein globales Problem ist und sie den Sorgen der Weltgemeinschaft begegnen muss.

Wie stark ist China selbst von der globalen Erwärmung betroffen?

FUQIANG: China hat dazu gerade eine Studie erstellt. Es wird demnach sehr unter dem Klimawandel leiden. Wenn die Erwärmung so weitergeht, wird Chinas Wirtschaftsleistung bis 2050 um zwanzig Prozent schrumpfen. Das größte Problem aber ist das Wasser, das schon jetzt knapp ist. Chinas Gletscher speisen die Quellen der meisten Flüsse im Land. Etwa ein Viertel des Flusswassers entspringt den Gletschern des Himalayas, wenn diese abschmelzen, haben wir nicht mehr genug Wasser.

Der Gelbe Fluss, der den Norden Chinas mit Wasser versorgt, ist bereits an 226 Tagen im Jahr nahezu ausgetrocknet. Was tun?

FUQIANG: China bemüht sich inzwischen um einen integrierten Ansatz. Früher haben Beamte verschiedener Behörden stets verschiedene Auskünfte erteilt. Die Ziele, die derzeit bekannt gegeben werden, sind zwar nicht neu. Neu aber ist, dass sie nun auf allen Verwaltungsebenen angewendet werden sollen, so etwa das Ziel, bis 2010 den Energieverbrauch pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um zwanzig Prozent zu senken. Da dieses Ziel schon ab 2006 gilt, heißt das, dass der Ausstoß um vier Prozent im Jahr gesenkt werden muss. Beamte wurden dazu verpflichtet, dies in ihrer jeweiligen Region zu erreichen, die Regierung stellt ihnen dafür alle bekannten Maßnahmen und Anreize zur Verfügung. Vor wenigen Wochen erließ Peking neue Regelungen, wonach die Behörden lokale Preiserhöhungen, Steueranreize und andere Marktinstrumente zum Energiesparen erlassen dürfen.

Inwieweit werden diese Ziele tatsächlich umgesetzt?

FUQIANG: Das Ziel für 2006 wurde weit verfehlt. Was auch daran lag, dass das Programm erst Mitte des Jahres gestartet wurde und die Anreize noch nicht da waren. Viele Regionen behaupteten zwar, das Ziel erreicht zu haben, aber die Summe dieser lokalen Angaben lag unter dem national gemessenen Energieverbrauch. Da kann also etwas nicht stimmen.

Wie erklären Sie das?

FUQIANG: Die Datenqualität ist schlecht, auch deshalb, weil das Nationale Statistikamt nicht die Leiter der Provinzbüros ernennen darf. Diese werden von den Lokalpolitikern ausgewählt. Das Nationale Amt kann lokale Statistiken also nicht ausreichend kontrollieren. Andere Fragen sind einfach schwer zu ermitteln, etwa: Wie viel Energie fließt in eine Provinz hinein, wie viel fließt heraus? Vielen Lokalregierungen fehlen zudem gut ausgebildete Experten, die wissen, wie man die Sparziele erreicht.

Sie haben einmal gesagt, China werde zum „Energilabor der Welt“. Was meinten Sie damit?

FUQIANG: China muss ganz neue Wege beschreiten und diese zunächst einmal erforschen. Wenn es China und auch Indien

Vita & Publikationen

Yang Fuqiang ist Vizepräsident der amerikanischen NRO „Energy Foundation“ und ihr Chefrepräsentant in Beijing. Die Umweltschutzinitiative fördert Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

gelingt, einen neuen Entwicklungspfad zu finden, dann können die globalen Probleme Energiesicherheit und Klimawandel gelöst werden. Japan ist das energieeffizienteste Land der Welt und verbraucht immer noch fünf Tonnen Kohle-Äquivalent pro Kopf und Jahr. Der Weltdurchschnitt liegt derzeit bei neun Tonnen. Wenn China mittelfristig seine Wirtschaft auf das heutige Niveau Japans hebt, würde es mit dann 1,5 Milliarden Menschen etwa 7,5 Tonnen pro Kopf und Jahr verbrauchen.

Mit welchen Mitteln sollen die Emissionen von Treibhausgas gesenkt werden?

FUQIANG: Es gibt mehrere Möglichkeiten. Die erste betrifft die Art der Industrie. Wu Qinglian, Ökonom der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission, sagt, China müsse einen neuen Weg der Industrialisierung beschreiten. Doch wo entlang führt dieser Weg? Indien etwa hat im Laufe der Globalisierung eine „IT-isierung“ durchgemacht. IT verbraucht wenig Energie, schafft aber viel Mehrwert. China braucht mehr „IT-isierung“.

Verbraucht nicht auch die Urbanisierung viel Energie?

FUQIANG: Ja, jedes Jahr wandern zehn bis fünfzehn Millionen Menschen in die Städte und treiben damit den Energiekonsum hoch, weil Städter mehr verbrauchen. Was aber genau bedeutet „Neue Urbanisierung“? Kann man den Energieverbrauch durch langsamere Verstädterung, bessere Stadtplanung, mehr öffentlichen Nahverkehr oder Grüne Gebäude reduzieren? Und wie kann der Übergang vom Plan zum Markt in China effizient gestaltet werden? Früher wies die Regierung Energieeinheiten zu. Heute regelt das der Markt, doch nicht immer mit größtmöglicher Effizienz.

Wie wollen Sie Fälle von Marktversagen verhindern?

FUQIANG: Bisher setzt China Marktinstrumente wie hohe Preise noch nicht ausreichend ein, aus Angst vor Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Das kommt jetzt erst. Nötig wäre eine Verschmutzungssteuer. Generell muss eine Reform des gesamten Finanzsystems geprüft werden. Überprüft werden müssen auch technologische Lösungen, wie das Einfangen und Lagern von Treibhausgasen. Die Antwort auf diese Fragen hat ungeheure Bedeutung. In diesem Sinn ist China das „Energielabor der Welt“.

China ist Marktführer beim Emissionshandel unter dem so genannten „Clean Development Mechanism“ des Kyoto-Protokolls. Demnach dürfen Unternehmen aus Industrieländern ihre Pflicht zur Emissionsreduktion auch in Entwicklungsländern erfüllen. Gerade Firmen aus Europa nutzen dies. Inwieweit treibt CDM Innovationen in China voran?

FUQIANG: Um das zu wissen, brauchen wir eine Evaluierung der Projekte. Da gibt es bisher noch keine Bemühungen. Bisher wird bei den CDM-Projekten meist bekannte Technologie auf China

angewendet, die das Land bisher nicht zur Verfügung hat – und China bekommt Know-how für diese Technologie. Das ist soweit positiv. Aber nur wenn auch die neuesten Technologien in den Entwicklungsländern verbreitet werden, kann dieses Programm wirklich helfen. ■

Das Interview führten Christiane Kühl und Zhu Yi.

 HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG
FÖRDERKREIS

FÖRDERN SIE MIT UNS weltweit die Grundwerte Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit.

Werden Sie Mitglied des Förderkreises der Heinrich-Böll-Stiftung und unterstützen sie Menschenrechtsaktivisten in Not sowie Künstler und Kunstprojekte. Der Jahresbeitrag beträgt 92 Euro, ermäßigt 46 Euro, für Studierende 25 Euro.

Ihre Vorteile als Fördermitglied

Sie sind Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Politik-Netzwerkes. Der Förderkreis bietet mit seinen Veranstaltungen zu Kultur und Politik und einer jährlichen Reise ins Ausland aufschlussreiche Gespräche und exklusive Informationen. Außerdem erhalten Sie den Infobrief, unser Magazin Böll.Thema, den Jahresbericht und das Angebot für einen Link von unserer Homepage auf Ihre eigene.

Ihre Ansprechpartnerin:

Regine Walch, **T** 030-285 34-112, **F** -119, walch@boell.de

www.boell.de/foerderkreis

Heinrich-Böll-Stiftung in Beijing

Gut ein Jahr schulte das Büro Vertreter von chinesischen Umweltorganisationen zum Thema Klimawandel. Daraus entstand ein chinesisches Klimanetzwerk von mehr als zwanzig NRO. In Zusammenarbeit mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) treffen Vertreter dieses Netzwerks sich mit deutschen und internationalen Klimaschutz-NRO.

DIE HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG IN CHINA

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist seit 1996 in China tätig, sie eröffnete ihr Büro Beijing im Jahr 2006. Das Büro verfolgt mit seiner Arbeit das Ziel, den Dialog zwischen der VR China und Deutschland zu fördern. Dafür wird die politische und fachliche Expertise und Beratung für chinesische ProjektpartnerInnen, für die Stiftung und für das bündnisgrüne Umfeld in Deutschland zusammengeführt. Themenschwerpunkte der Stiftungsarbeit in China sind: Ökologie, Nachhaltigkeit, Frauenpolitik und Zivilgesellschaft.

Neben Projekten organisieren die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin und Beijing mehrere Dialogveranstaltungen zu Chinas Rolle in der neuen Weltordnung, unter anderem eine Veranstaltung zu Chinas Afrika-Politik. Auch in den Büros der Stiftung in Lateinamerika und Afrika bildet die Auseinandersetzung mit China über Klima- und Sicherheitsfragen einen Schwerpunkt der Arbeit.

CHINAS ARBEITERINNEN: VERLIERER UND GEWINNER VON CHINAS WACHSTUM

Die Schließung der staatseigenen Betriebe mit ihren Überkapazitäten hat trotz zehnprozentiger gesamtwirtschaftlicher Wachstumsrate auch im letzten Jahr weiter zu Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit insbesondere von Frauen beigetragen. Die Böll-Stiftung arbeitet gemeinsam mit chinesischen Gender-Experten und mit relevanten Regierungsstellen an Strategien für die Beschäftigung von Frauen und ihre Aufnahme in die sozialen Sicherungssysteme. In einem weiteren Projekt befasst sich die Stiftung mit diesem Problem in kleinen und mittelständischen Unternehmen und entwickelt mit Wirtschaftsvertretern, Regierung und Zivilgesellschaft Strategien zur sozialen Unternehmensverantwortung.

www.boell-china.org

ORGANISATIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT IN CHINA

Die Unterstützung und Einbindung von Nichtregierungsorganisationen in den politischen Reformprozess gehört zu den Schwerpunkten des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Beijing. Seit 2006 beobachten wir eine wachsende Bereitschaft vieler Regierungsstellen zum Dialog mit den NRO. Im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs unterstützt das Büro das Ministerium für Zivilverwaltung bei der Erarbeitung gesetzlicher Regelungen für die Arbeit von NRO.

Gleichzeitig unterstützen wir chinesische Initiativen und Organisationen bei Aktionen bürgerschaftlicher Mitbestimmung.

Im Januar 2007 organisierte das Büro in Beijing eine „Zukunftskonferenz“ mit Anwohnern, NRO und Politikvertretern zur Mitbestimmung bei der Stadtentwicklung eines innenstädtischen Bezirks in der chinesischen Hauptstadt. Vertreter der Stadtteilinitiative von Xihouhai werden am 21. September 2007 in Berlin zum Thema „Der öffentliche Raum – Neue urbane Räume in China und Deutschland“ mit Experten und Expertinnen diskutieren.

GESPRÄCHSKREIS CHINA UND INDIEN IN DER WELT(-WIRTSCHAFT)

China und Indien werden maßgeblich in den nächsten zwanzig Jahren die Transformation der globalen Weltordnung prägen. Was heißt dies für die Inhalte und Struktur der Institutionen globaler Governance – von der UNO zur WTO? Was heißt dies für die globale Sicherheitsarchitektur? Die Heinrich-Böll-Stiftung Berlin organisierte seit 2006 bisher fünf Treffen des Gesprächskreises China und Indien in der Welt(-wirtschaft). Themen waren: die Afrikapolitik, Ressourcenpolitik, die Auswirkungen des Wachstums Chinas und Indiens auf das multilaterale System und die regionale Integration in Asien. Der Gesprächskreis wird 2008 weitergeführt. Berichte sind zu bestellen bei sadeler@boell.de

VERANSTALTUNGEN

Der öffentliche Raum – Neue urbane Räume in China und Deutschland

Diskussion, 21. September 2007, 14–18.30 Uhr, Rotes Rathaus, Berlin
In Kooperation mit stadtkultur international e.V.,
Info: Christina Sadeler, 030/285 34-362, sadeler@boell.de

Die Chinapolitik des Westens – Zwischen strategischer Konkurrenz und Kooperation

8. Außenpolitische Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung, 6.–7. September 2007, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften,
Info: www.boell.de/aussenpolitik

WEBSITE

www.china-boell.de

Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Beijing

www.boell.de – Weltweit/ Asien

informiert über Veranstaltungen und Publikationen zu Asien

PUBLIKATIONEN

Medienspiegel China – wöchentliche Auswertung der internationalen Presse zu einschlägigen Themen in China. Zu bestellen über asia-intern@boell.de

global issue paper No. 24: The implications of China's entry into the WTO for Mexico.
By Enrique Dussel Peters, November 2005.
Download unter: www.boell.de

Sustainable Development in Regional Trade and Investment Agreements: Policy Innovations in Asia?

Centre for International Sustainable Development Law (CISDL). Zu bestellen über www.boell.de

Slow Trade – Slow Farming A multilateral framework for Sustainable Markets in Agriculture

Ecofair Dialogue, Heinrich-Böll-Stiftung, Misereor, Wuppertal Institut. Zu bestellen über www.boell.de

Zur Lage der Welt 2006

China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft.
In Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch
Worldwatch Institute (Hrsg.)
Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2006,
324 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3-89691-628-9



BISHER SIND U.A. ERSCHIENEN:

- **IN GOTTES NAMEN?** Frauen und Fundamentalismus
- **NEUER REPUBLIKANISMUS** Die Zukunft der sozialen Demokratie
- **KLIMAWANDEL** Neue Ziele, Neue Allianzen, Neue Politik
- **GRÜNE MARKTWIRTSCHAFT** Die große Transformation

weitere Infos und zu bestellen unter: www.boell.de/thema

» Im Gegensatz zu maoistischen Zeiten wird heute nicht nur unter Wissenschaftlern, sondern auch durch die entscheidenden Gremien der Partei anerkannt, dass soziale Gerechtigkeit das Ergebnis von Aushandlungsprozessen zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen ist. An die Stelle der blanken revolutionären Setzung sind nun die Legitimität von Einzelinteressen und die Notwendigkeit getreten, diese gegeneinander abzuwägen. «

SUSANNE WEIGELIN-SCHWIEDRZIK

Die **Heinrich-Böll-Stiftung** ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der „grünen“ politischen Grundströmung, die sich weit über die

Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat.

Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit 25 Auslandsbüros verfügt sie über eine weltweit vernetzte Struktur. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun. www.boell.de